

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Schulzeitung. 1860-1933 1929

7 (16.2.1929)

Badische Schulzeitung

Vereinsblatt des Badischen Lehrervereins und Verkündiaunasstelle der Fürsorgevereine

Verantwortliche Leitung: **Adolf Lindensfelder, Heidelberg**, Werderstr. 14. Abschluß: **Mittwoch 12 Uhr**. Erscheint Samstags. Anzeigen: Die 5-gesp. 38 mm breite mit Zeile Nr. 20, Einstrich. Nr. 0,50, Beilagen und Reklame-Anzeigen lt. besonderem Tarif. Bezugspreis: Monatlich 60 Pfg. einchl. Postgebühren. Anzeigen und Beilagen sind an die Verlagshandlung Konkordia in Bühl (Baden) zu senden, alles übrige an die Leitung. Geldsendungen an die Kasse des „Badischen Lehrervereins“ nur an die Badische Beamtenvereinsbank Postfachkonto 1400 Karlsruhe am Bankkonto des B. L. V. D. 70. Geldsendungen an das Lehrerverein nur an „Lehrerverein Bad Freyrodach, Geschäftsstelle Offenburg, Postfachkonto Nr. 75843 Karlsruhe.“ Anzeigen-Aannahme und Druck: Konkordia A.-G. für Druck und Verlag, Bühl (Baden). Direktor W. Beyer. Telefon 131. Postfachkonto 237 Amt Karlsruhe.

7.

Bühl, Samstag, den 16. Februar 1929.

67. Jahrg.

Inhalt: Ein unbekannter Brief J. H. Pestalozzis. Zur Vereinsaufgabe des D. L. V. — Wirtschaft und Statistik in der Schule. — Die Vereinfachung der Volksschulverwaltung. — Die Rektorenfrage und der Badische Lehrerverein. — Wann wird für Baden die Aufhebung der rückwirkenden Herabsetzung der örtlichen Sonderzuschläge durchgeführt? — Rundschau. — Badischer Lehrerverein. — Verschiedenes. — Bücherchau. — Aus den Vereinen. — Vereinstage. — Anzeigen.

Ein unbekannter Brief J. H. Pestalozzis.

Dr. H. Röckel, Heidelberg.

„Es ist unausweislich, auch die Formen meiner Methode werden dem allgemeinen Schicksal aller Formen unterliegen, wenn sie Menschen in die Hände fallen, die ihren Geist nicht ahnen und nicht suchen; es ist unausweislich, wenn sie Menschen in die Hände fallen, die ihren Geist nicht ahnen und nicht suchen, so wird ihre Wirkung in den Händen dieser Menschen sich selbst verlieren, sie werden in diesem Falle unbedingt tot lassen, was Tote an ihren eigenen Tod ankleben. Aber laßt sie! Der Geist ist's, der da lebendig macht; der Geist der Methode wird sie treffen und wird, wenn er sich rächt, dann auch töten; so gewiß er lebendig macht, so wird er auch töten, er wird es, er muß es, oder selbst nicht leben, selbst nicht bleiben.“ Auf ihn, den „Geist der Methode“ kam es Pestalozzi an. Es war in dem Waisenhaus zu Stanz, inmitten einer Schar unglücklicher, geistig und sittlich verwilderter Kinder, als er bei seiner mühevollen Arbeit diesen Geist ahnend erschaute. Zugleich zeigte ihm die Wirklichkeit seines Tuns Ergebnisse, die ihn mit Staunen und Verwunderung vor der unerhörten Kraft dieses Geistes im kindlichen Gemüte erfüllten. „Es entwickelte sich in den Kindern schnell ein Bewußtsein von Kräften, die sie nicht kannten und besonders ein allgemeines Schönheits- und Ordnungsgesühl. Sie fühlten sich selbst, und die Mühseligkeit der gewöhnlichen Schulstimmung verschwand wie ein Gespenst aus meinen Stuben; sie wollten — konnten, harrten aus, vollendeten und lachten.“

Fast ein volles Menschenalter setzte der alternde Pestalozzi an das mühsame Werk, um in hartem Ringen und wieder und wieder ansehenden Versuchen Sinn und Gehalt echter Menschenbildung in didaktisch-methodischen Formen, Vorschriften und Anweisungen zu Ruh und Frommen seines Zeitalters und der Menschheit zu zwingen. Der Weg führte über Burgdorf nach Yverdon, der Stätte des hochaufliehenden Ruhmes und des tragischen Endes der Arbeit im Dienste am „Geiste der Methode“.

Ein Stab von Mitarbeitern, von Pestalozzi anfangs persönlich mit dem innersten Wesen seines Wollens und Schaffens vertraut gemacht, setzte die besten Kräfte ein, um die Bestrebungen des Meisters zum Abschluß zu bringen.

Mit Aufmerksamkeit verfolgte man ringsum die werdende Schöpfung. Aus Nah und Fern fanden sich pädagogisch interessierte Männer in Yverdon ein, teils um sich selbst durch die neue Methode zu bereichern, teils um als Beauftragte der Regierungen das Neue in die Heimat zu ver-

pflanzen. Und dieses Bedürfnis war in Deutschland am stärksten. Der neue sich formende „Volksstaat“ brauchte andere Menschen; der Schweizer Reformator hatte verkündet, die Mittel zu besitzen und den Weg der Erneuerung weisen zu können. Vernehmlich hatte sein: „kommt und sehet“ geklungen.

Dieser Ruf nach einem schüchternen Versuche der Annäherung wieder verhallt, wurde in Baden bald wieder mit Nachdruck aufgenommen. Auch hier stand die Regierung vor dem Problem der Neuordnung des Staates. Was lag näher, dabei die formende und gemeinschaftsbildende Kraft einer Erziehungs- und Unterrichtsmethode mit in den Aufbau einzubeziehen. Denn es war kein leichtes Werk, die durch Tradition, geschichtlich-politische Herkunft und Stammescharakter sich widerstrebenden Teile zu einem Staats-Ganzen zusammen zu fügen und in diesem einen einheitlichen Willen, freudige Bejahung des neuen staatlichen Gebildes zu erreichen.

Die Anknüpfung an Pestalozzi wurde der badischen Regierung dadurch erleichtert, daß das Mitglied der Generalstudienkommission, Kirchenrat **Ewald**, mit ihm aus früheren Jahren durch Freundschaft verbunden war. Nachdem man sich endgültig entschieden hatte, eine Studienkommission* zu Pestalozzi nach Yverdon zu entsenden, erhielt Ewald den Auftrag, sich mit Pestalozzi in Verbindung zu setzen, sein Einverständnis zu erbitten und die Bedingungen für die Aufnahme der Mitglieder in Erfahrung zu bringen.

Die Freude Pestalozzis über die neue Anerkennung, die ja letzten Endes in der Absicht der bad. Regierung zum Ausdruck kam, ist begreiflich. Wenige Wochen zuvor war es ihm auf Grund der erneut einsetzenden literarischen Angriffe seiner engeren Landsleute und das kühle zurückhaltende Benehmen der Abordnung der schweizerischen Tagsatzung nur zu deutlich bewußt geworden, daß man seine Dienste für das Vaterland weder schätzte, noch benötigte. Vielleicht war es auch die Vorahnung des Konfliktes in der Anstalt, dessen erste Phase die Vertreter Badens mit erlebten. Darum wohl der leise Klang unpestalozzischer Resignation, der Widerstreit von Wollen und Wünschen, von Vertrauen und Mißtrauen. Drohende Wolken werfen ihre dunklen Schatten auf den Lebensweg des so lange schon unbeugsam kämpfenden, immer taffrohen und von Liebe und Güte überströmenden Menschen.

Nun ging es Pestalozzi um das Höchste, um das, was seit dem Jahre 1780 den Sinn seines Bemühens und Ringens

* Diese bestand aus Prof. **Ladomus**, Karlsruhe — Oberlehrer **Wilh. Wittmer**, Rastatt — Schulprovisor **Vensel** aus Emdingen — Schüler **Leih** aus Pforzheim.

ausgemacht hatte, um die reine echte Menschenbildung, um Menschenwürde und ihre Verwirklichung durch die Methode. Diese kann nur von der theoretischen Grundlage der „Nachforschungen über den Gang der Entwicklung des Menschen geschlechts“ vom Jahre 1794 verstanden werden. In der Sphäre sittlicher Freiheit, in dem Vermögen autonomer Selbstbestimmung und Selbstverantwortung ist der Mensch als Mensch voll und ganz „das Werk seiner selbst“. Gebunden und verwurzelt in Gott, seiner „nähesten Beziehung“ der Quelle sittlicher Kraft, vollendet sich erst Wesen und Bestimmung echter Humanität. Von da aus durchdringt der reine Wesenskern echter Menschlichkeit die übrigen Bezirke der menschlichen Natur, von hier aus erfüllt sich der Geist der Methode. In diesem Sinne sagt Spranger: „Sie (die Methode) ist der Weg zur Menschwerdung, ein geistvolles Mittel der Kunst aus den instinktfartigen Anlagen der Natur und aus dem gesellschaftlichen Verderben gerade alle die gestaltenden geistigen Akte hervorzuholen, die zur innern Veredlung des Menschen dienen, die ihn aus einem Werke der Natur zu einem Werke seiner selbst machen.“ Wer durch den zersetzenden Geist rationalistischer Verstandeskultur, und durch ihre „Brockenwahrheiten“ und die leichte Nützlichkeitsmoral der Aufklärung verbildet ist, dem fehlte nach Pestalozzi Meinung jegliches Organ für das irrationale Zentrum seiner Methode. Dem war es unmöglich, in den Formen und Formeln der methodischen Schriften und deren praktischer Ausführung zu sehen, wie jeder Schrift und jede Maßnahme hinstrebte zum innersten Kern der Menschennatur, sie erfüllend, bereichernd und in jeder Phase ihres Fortganges die geistig-sittlichen Kräfte entbindend. Darum verlangt der Meister in Yverdon von den Jüngern der Methode den „freien, offenen, anmassungslosen Natursinn“, „einfache, vom Bücherwesen und der Halbgelehrsamkeit unangesteckte Menschen“. Darum darf es auch auf „ein halbes Jahr mehr oder minder“ nicht ankommen. Doch hören wir Pestalozzi selbst:

p. d. 24. Febr. 1810.

Lieber edler Freund!

Es konnte nicht anders als mich innig freuen, daß man auch von Seiten Ihrer Regierungsbehörden Aufmerksamkeit auf meine Unternehmung zeigt — ich danke Gott noch am Ende meiner Laufbahn mit so vielen sich mit Liebe und Weisheit — für die Erziehung unseres Geschlechts interessierenden Männern bekannt geworden und mein noch neues Thun von Ihnen mit Edelmuth und sogar mit Vorliebe ins Aug gefaßt zu sehen. Es liegt mir alles an der genauesten Prüfung der Grundsätze meiner Unternehmung und der Mittel ihrer Ausführung — mein Herz hängt an dieser letzten — aber ich kenne auch ihre Schwierigkeit — ohne die Methode lange und vielseitig ausgeübt gesehen zu haben ist ein richtiges Urtheil über — und ohne durch praktische Theilnahme sich genugsam eingeübt zu haben — ist ihre Ausübung unmöglich. — Lieber Freund es liegt unendlich viel daran wen man mir zur Prüfung und zur Ausübung der Sache schickt — für die erste für die Prüfung der Sache ist es dadurch nicht genug gelehrt und im gewohnten Gang der Erziehung und der Unterrichts-fächer gewandt zu sein. — Es fordert große Unbefangenheit und beträchtliche Zeit um nicht bloß bey dem oberflächlichen Anschein der Sache still zu stehen, sondern ganz in seinen Geist einzudringen und den vielseitigen detail des Gegenstandes in diesem Sinne aufzufassen. Euer Ladamus und Kleinschmid kenen die Sach seit langem und ich wünschte so gerne diese Männer wieder einmal bei uns zu sehen — ich würde mich glücklich schätzen, wenn die Aufmerksamkeit Eurer Behörden auf meinen Gegenstand veranlassen würde, das wenigstens einer von beyden hieher geschickt würde. Ladamus würde uns in Mathematische

Fragen weit vorgeschritten finden — und Kleinschmieds tiefe gefühlvolle Psychologie würde gewiß auch mit unsern Fortschritten zufrieden sein doch ich soll keine Wünsche haben und denen Frauen die Zutrauen zeigen. Doch ich schreibe nur Dir und Du verstehst Freundes Wünsche, aber das Wichtigste, das ich über diesen Gegenstand wünschen muß, wenn man sich entschließen sollte Jünglinge, die zu Ausübung der Methode bestimmt waren, hierher zu schicken, ist dieses, daß man in diesem Fall in der Wahl dieser Jünglinge äußerst sorgfältig sey, die Meinungen derer die die Methode bloß beurtheilen verschwinden, aber die Folgen der Handlungsweise derer die sie ausüben, bleiben, wen alle Meinung über den Gegenstand schon. —

Freund thue alles, was du kannst, daß es einfache vom Bücherwesen und der Halbgelehrsamkeit unangesteckte Menschen seyen. — Es ist äußerst wichtig — daß die hiefür zu wählende Jünglinge einfache Menschen seynd von der Stielbildung noch keine verhärtete Richtung ihrer Ansichten genossen — wenn sie für ihren Zweck gerathen sollen so müssen sie nothwendig einen freyen offenen anmassungslosen Natur-Sinn mit sich bringen — und ihre Zeit muß nicht zu beschränkt seyn — ein halb Jahr mehr oder minder muß Ihnen frey gelassen werden. Lieber, Edler — es ist in allen Stücken so wahr, was man nur halb thut, das ist so viel, als nicht gethan — doch ich sollte das alles nicht sagen, ich sollte nur vertrauen und glauben, doch in seinen alten Tagen wird man mißtrauisch und will alles leiten und haben wie es einen gut dünkt — und doch kommt's oft schlechter als wenn man's unbefangen nähme wie's kommt.

Die Herren König, Bittler, Hag, Dietrich, die aus ihrem Land hier sind, sind sämtlich Männer, die sämtlich sich nicht mit ausgezeichneten Talenten, aber die meisten mit vielem Eifer und Fleiß den Methoden widmen, sie brauchen sämtlich noch viel Zeit, um in ihr zu leisten, und dem Vaterlande von dieser Seiten nützlich zu werden — da sie auf ihre eigne Kosten dafür vorbereiten so verdienen sie von dieser Seiten allerdings die Aufmerksamkeit der Regierung — doch ich sage Dir nächstens hiervon mehr, jetzt muß ich auf hören, glaube auch immer deinem mit Dank und Liebe dir ewig ergebenen Freund.

Prof. Ladamus, gebürtig aus Breßen, weilte 1793 in Burgdorf. Mit v. Türk zusammen leitete er in Leipzig und später in Stettin eine Schule. 1807 wurde er an die technische Hochschule, Karlsruhe als Mathematiker berufen. Er verfaßte zwei kleine Schriften zum mathematischen-geometrischen Teil der Methode Pestalozzi's.

Ernst C. Kleinschmid war von 1807—10 Pfarrer an der reformierten Kirche in Pforzheim. Er hatte auf eigene Kosten eine Pestalozzischule eingerichtet, die aber nach seiner Versetzung nach Heidelberg wohl einging, da die Akten nichts mehr über sie berichten.

Aus der Schule Kleinschmids wurde der Schüler Leiß zusammen mit dem Schulprovisor Vensel aus Emdingen, Schulgehilfe in Herbolzheim nach Yverdon entsandt. Weitere bestimmte Nachrichten fehlen.

Von König konnte bisher nur festgestellt werden, daß er später an der Garnisonsschule zu Karlsruhe tätig war. Über Bittler, Hag und Dietrich war nichts zu ermitteln.

Zur Vereinsaufgabe des D. L.=V.

„Die Schule im Dienste der Volks- und Völkerveröhnung.“

Wenn die Leitung des Deutschen Lehrervereins heute, 10 Jahre nach dem Weltkrieg, die deutsche Lehrerschaft, die doch mitten drin stand in dem großen Weltgeschehen — zu hohem Prozentsatz an der Front und der andre Teil unfer schwierigsten Verhältnissen Dienst in der Heimat tuend — für so über der Sache stehend hält, daß sie in abgeklärter Weise über dieses Thema verhandeln kann, dann mag sie das tun und die Verantwortung tragen. Ich aber bin der

Meinung, daß bei uns so ungeheuer viel auf schulischem Gebiet der Erledigung harret, daß ein Thema wie dieses wirklich noch Jahrzehnte Zeit gehabt hätte. Besonders wäre gerade im Interesse der Volksversöhnung die Betrachtung der Bedeutung der Schule für die Völkerverständigung z. B. aus der Besprechung in unserem Verein auszuschalten. Aber da nun die Aussprache eröffnet ist, so sei auch einmal eine andre Stimme gehört.

Überall branden an unser Volkstum die Wellen der staatsfeindlichen Mächte. Eine jede will sich des Staatsapparates bemächtigen, und da ihn keine der Gruppen ganz erobern kann, reißt jede an sich heran, was zu kriegen ist. So stehen wir heute mitten drin „im Ausverkauf des Staates“, was wir nur zu deutlich an unserer eigenen Haut als Staatsbeamte und Beschützer der Staatsschule verspüren müssen. Die gegen eine Zusammenfassung des Volkstums anstürmenden Kräfte sind heute losgelassen. Losgelassen, weil kein starker Staat sie dem Volksganzen einordnet. Und hier ist der Kern des ganzen Problems der Volksversöhnung: Es gibt nur eine Überbrückung der Gegensätze, und die ist das starke Reich und eine unabhängige Regierung mit voller Verantwortung, eine über den auseinanderstrebenden Kräften stehende Instanz.

Die starke Staatsgewalt der Vorkriegszeit hat die innerstaatlichen und außerstaatlichen Kräfte sich fügen gelehrt und dazu noch zufrieden zu sein. Und wenn heute die Zentrumsblätter von Bedrückung durch den alten Staat reden, so stehen dem die Aussagen höher und höchster kirchlicher Würdenträger entgegen. Daß auch die soziale Frage in Deutschland in so vorbildlicher Weise in Angriff genommen und zum Teil gelöst werden konnte, ist sicher nicht zuletzt das Verdienst einer starken Staatsgewalt, die, über den kämpfenden Parteien stehend, eine Regelung finden konnte. Und immer wieder sei's als Beweis gesagt, daß das Jahr 1914 zeigte, daß jeder ohne Unterschied bereit war, für diesen Staat sein Leben in die Schanze zu schlagen, und daß „des Reiches ärmster Sohn auch sein getreuester war“.

Daher nicht Triumph des Willens zur Macht oder Sieg der Gerechtigkeit und Wahrheit, sondern Triumph des Willens zur Macht und hierdurch Sieg der Gerechtigkeit und Wahrheit.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch die Frage der Völkerverständigung zu besetzen. Wir hatten seit 1871 einen bewaffneten Frieden — aber wir hatten Frieden! Es bleibt abzuwarten, wie lange wir einen unbewaffneten Frieden haben, aber wohlbedacht: nicht in der heutigen Lage des Reichs — als Fronknechte wird man uns in unserer Arbeit nicht stören — sondern wie 1871 bis 1914 bei aufsteigender Linie der deutschen Weltgeltung. Stehende Heere sind viel weniger ein Anreiz zum Angriff als ein reiches Land mit fleißigem Volk ohne militärischen Schutz. Sogar heute, wo man bei uns nichts als Armut und Schulden erobern kann, schaut der Pole begierig nach deutschem Boden.

Nun wird mir hoffentlich keiner zutrauen, daß ich gegen die Völkerverständigung an sich sprechen wollte. Wer den Krieg gesehen hat, wird sich über jeden Versuch der Völkerverständigung freuen. Aber ich bestreite, daß ein schutz- und wehrloses Volk sich seinen Frieden und seine Weltgeltung bewahren kann.

Manche berufen sich auf den Entwicklungsge-
danken und meinen, wir müßten uns in den Dienst dieser Idee stellen. Ja, wie dann, wenn man diesen ablehnt, wie heute wohl die Mehrzahl der Lehrer, wenn man nicht daran glaubt, nicht glauben kann, daß die Völker zu einem Frei-

vergehen werden, wo es nur noch Zusammenballungen von Individuen gibt? Sondern wenn wir des Glaubens sind, daß die Völker die Träger der Geschichte sind und ihre Mission auf ihre völkische Art zu erfüllen haben? Für viele ist eben nicht das Individuum Zentrum und Ausgangspunkt für alles soziale Geschehen, sondern das Volk. „Volk bedeutet einen wesentlichen Einschnitt“ und ist nicht nur einer von den konzentrischen Kreisen der Entwicklungstheorie. Doch über diesen Punkt mögen Kriecks Bücher besser unterrichten. Ich sage nur: die Völkerverständigung, die sich auf diese längst erledigte Theorie gründet, ist auch erledigt.

Nun sind wir Lehrer aber nicht da, auf Grund unsicherer Theorien den Unterricht heute so und morgen so zu gestalten. Wer heute seinen Geschichtsunterricht anders erteilt als vor dem Krieg — abgesehen von methodischen und andern Entwicklungen, wie sie in jedem Leben vorkommen — der hatte entweder vor dem Krieg vergessen, daß der Unterricht der Wahrheit und der Völkerverständigung zu dienen hat, oder er vergißt es heute. Es gibt nur eine Wahrheit. Der Weltkrieg konnte wohl manche Augen öffnen und klarer blicken lehren; aber er kann nicht die ganze wissenschaftliche Betrachtung vaterländischer Geschichte über den Haufen werfen. Und hier wird die Frage an die deutsche Lehrerschaft gestellt: Ist sie sich der Verantwortung gegenüber der Zukunft unsres Staates und Volkes bewußt? Sie war sich deren bewußt, als es sich um die deutsche Staatsschule handelte; sie muß es auch sein, wenn es sich um den Bestand des Reiches selbst handelt. Hat sie den Mut, angesichts unsrer Nachbarn, ihrer Bewaffnung und ihrer Einstellung zur Abrüstung, auch noch den Geist unsres Volkes zu entwaffnen? Die äußere Wehr hat uns der Feind genommen — wer kann mit reinem Herzen uns die innere Wehrhaftigkeit nehmen? — und der Geist ist es, der die Schlachten schlägt! Sage keiner, die französischen und englischen Lehrer tun desgleichen. Sie können leichteren Herzens von Völkerverständigung reden, sie haben für den Tag der vaterländischen Not die Waffe und haben eine Regierung, die, ob rechts oder links stehend, sich nicht in lebensfremden Illusionen wiegt, sondern für die Rüstung sorgt, die ihrem Volk die Freiheit und nationales Leben verbürgt.

Wie weit wir mit der geistigen Abrüstung schon gekommen sind, zeigt die Neujahrspredigt eines kirchlichen Würdenträgers von der Bedeutung des Kardinals Faulhaber im Dom zu München, die nach dem Pfälzer Bosen den Satz enthält: „Der Mann gehört erst der Familie und dann dem Staate.“ Ob nicht noch eine Institution vor der Familie den Staat an die dritte Stelle schiebt?

Ich bin auch dafür, daß die Lehrerschaft der Wahrheit willen den Krieg so zeigen soll, wie er ist. Aber wenn ich in unsre Lesebücher sehe, wenn ich manche Gedankreden höre und mir die Denkmäler unsrer Gemeinden ansehe, so sehe und höre ich nichts als Elend, Leiden, Grausamkeit, Unmenschlichkeit und Barbarei. So war der Krieg nicht! Es wird jeder, der an der Front war bezeugen, daß wohl die tiefsten Gründe der Seele ausgewählt wurden und oft unsagbarer Jammer über den Schlachtfeldern lag. Aber auch in keinem Moment des friedlichen Lebens sind die kraftvollen, erhebenden Gefühle so stark wie draußen. Und raffen die Elemente, und bebte die Erde und schien die Welt unterzugehen, — die Mauer stand von den Schweizer Bergen bis zum Meer. Ein Hochgefühl, wie das, die Heimat und die in Jahrhunderten geschaffene Kultur mit der guten Waffe in der Hand zu beschirmen, das kennst das bürgerliche Leben nicht. — Die Anteilnahme für das Schicksal des Mannes aus dem Volke hat doch hiermit wirklich

gar nichts zu tun. Für den Bestand eines Volkes ist soziales Empfinden und der Geist der Wehrhaftigkeit vonnöten.

Und nun zum „Gaskrieg“. Wenn man den Krieg verdammt, muß man dies auch tun, wenn er mit „anständigen“ Waffen geführt wird. Wobei immer noch die Frage offen bleibt, ob die „geistigen Waffen“ unsrer Zeit anständiger und menschlicher sind als die Kriegswaffen. Aber ich gestehe zu, hier wäre für den Völkerbund, in Verfolg der Arbeiten des Völkerrechts vor dem Krieg, ein großes Feld der Betätigung. Man hat das Hinneheln der Gefangenen und Verwundeten schon lange beseitigt, man kann auch das Giftgas und den Krieg gegen Nichtkämpfer durch Vertrag unter den Völkern erledigen. Aber da sage ich wieder: Die Genfer Konvention und die völkerrechtlichen Bindungen entstanden stets unter gleichberechtigten wehrhaften Völkern, wo die Gegner eben mit Repressalien rechnen mußten. Mit dem wehrlosen Deutschland einen derartigen Vertrag abzuschließen, ist ein Unsinn oder ein Theater, wie eben für mich der ganze Völkerbund so lange ein Theater bleibt, als unsre Feinde sich nicht in dem Maß entwaffnet haben, wie es uns geschehen ist.

Und nun zu den Sätzen der französischen Lehrer: Diese waren und sind für unsre deutschen Kollegen — zu ihrer Ehre sei's gesagt — vollständig selbstverständliche Leitsätze, so daß für uns ruhig das „mehr“ wegfallen könnte. Haben wir je vor dem Krieg Lehrbücher benutzt, die so heherisch wirken mußten wie die französischen? Es wird das jeder bestätigen können, der sich während des Krieges die Mühe nahm, die französischen Schulbücher der kleinen Quartierfreunde zu besehen. Wurde unsern Gefangenen auf der Straße „Babykiller“ nachgerufen, wie es mir geschah, als ich als Verwundeter drüben in England umherging? — Ich will nicht mehr anklagen, ich will damit nur sagen, daß unsre französischen und englischen Kollegen viel zu tun haben werden, bis sie auf dem völkerversöhnenden Standpunkt unsrer Lehrbücher und unsrer Lehrer der Vorkriegszeit angekommen sind.

Die Verteidiger der Wehrhaftigkeit sind für Völkerversöhnung; doch nur unter Garantie kultureller und materieller Entwicklungsmöglichkeit unsres deutschen Volkes und unter Gewährleistung der Gleichberechtigung mit den andern großen Nationen.

Und nun eine gutgemeinte Bitte an die Leitung der Schulzeitung: Laßt diesen Zankapfel draußen! Glaub die Leitung des Deutschen Lehrervereins wirklich, ohne Vergewaltigung eines beträchtlichen Teils der deutschen Lehrerschaft, durch Abstimmung hier eine einheitsliche Willenskundgebung erreichen zu können? Soviel klaren Sinn traue ich ihr zu, daß sie dies nicht für möglich hält. Dann möge sie solche Fragen, die in den Parteien und durch die Wehrverbände zu lösen versucht werden, aus der Diskussion in unserm neutralen Standesverein lassen. Müßen denn wir im Deutschen Lehrerverein alle Rüsse knacken? Wilhelm Seiler.

Artikel 148 der Reichsverfassung stellt allen Schulen die doppelte Aufgabe: „sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geist des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben“. Die erste Aufgabe fordert vor allem „Erziehung der Jugend zur Deutschgesinnung, zum nationalen Selbstbewußtsein, zum nationalen Ehrgefühl“. Die zweite Aufgabe will Erziehung zum Verständnis der Eigenart und des Eigenwertes anderer Völker, zur Völkerversöhnung. Inwieweit und unter welchen Voraussetzungen die deutsche Lehrerschaft diese von der Reichsverfassung als „Ist-Bestimmung“ gestellte Doppelaufgabe leisten kann, soll die

Hauptversammlung in Dresden darzutun. Dabei handelt es sich in erster Linie um die einzuschlagenden Wege.

In welchem Geiste der Deutsche Lehrerverein an die gestellte Aufgabe herangeht, zeigen am deutlichsten die Leitgedanken eines in der Sitzung der erziehungswissenschaftlichen Hauptstelle des D. L. V. von Raeppele, dem Geschäftsführer des D. L. V. und Schriftleiter der Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung gehaltenen Vortrags.

1. Die Verbandsaufgabe des Deutschen Lehrervereins bezweckt eine allseitige öffentliche Erörterung politischer, sittlicher und allgemein erzieherischer Fragen der Schule.
2. Die Wissenschaft kann sich nur insoweit an der Erörterung beteiligen, als sie die gegebenen Tatbestände und Zusammenhänge umfassend und kritisch aufzuzeigen vermag.
3. Die Verbandsaufgabe umschließt zwei deutlich getrennte Lebensgebiete, die in einem allgemeinen Sinn innerlich zusammenhängen. 4. In allen Staaten der sog. „westlichen Zivilisation“ ist durch Rassenvermischung, Eingliederung nationaler Minderheiten, die Arbeitsteilung infolge der Industrialisierung, die Verteilung des Arbeitsertrags, die Politisierung der Bürger eine starke Spannung zwischen den Volksgruppen aller Art eingetreten.
5. In Deutschland wird diese Spannung durch weitere Eigentümlichkeiten vermehrt: Die Naturanlage des Deutschen, die Kleinstaaterei als Ergebnis der Geschichte, die bekennnismäßige Trennung, die besonders scharfe soziale Spannung durch Volksvermehrung, Beschneidung des Lebensraums und verspätete staatsbürgerliche Eingliederung des vierten Standes.
6. Die Schule steht inmitten der zahlreichen Spannungen und empfängt zum Teil von ihnen ihre Lebensgesetze.
7. Die Schule kann die Spannungen grundsätzlich nicht beseitigen, sie ist aber berufen, die künftigen Bürger in die gegebene Welt einzuführen, Verständnis für die Ursachen der Spannungen zu erwecken und die Erziehung in der Absicht des Ausgleichs und des Zusammenhalts zu gestalten.
8. Die äußeren Voraussetzungen hierzu sind in der Zielrichtung der Schulforderungen des D. L. V. anzustreben: Einheitschule, gemeinsame Schule, Aufstieg der Begabten, Umgestaltung des Berechtigungswesens, soziale Leistungen der Schule.
9. Innere Voraussetzungen sind durch zeitgemäße, im ganzen Reiche einheitsliche Lehrerbildung, Ausbau der Jugendwohlfahrt, Wertung der Schularbeit zu schaffen.
10. Der Gedanke der Völkerversöhnung erhebt sich aus der gleichen geistigen Gesamthaltung wie der Gedanke der Völkerversöhnung. Die psychologische Voraussetzung ist für das Deutschland der Gegenwart schwieriger als in Staaten, die mit dem Eintreten für den Frieden zugleich die Sicherung von Beute oder einer Vorzugsstellung verbinden.
11. Die Friedenserziehung gründet sich auf die unbedingte Anerkennung des Rechts, zu dessen Schutz Vereinbarungen und Sicherungen rechtlicher Art zu schaffen sind.
12. Die Schule nimmt teil an den Bestrebungen zur Völkerverständigung durch die Vorbezeichnete grundsätzliche Einstellung, durch einen haßfreien Geschichtsunterricht, durch staatsbürgerliche Belehrung, Verbreitung geeigneter Schriften, Lehrer- und Schüleraustausch, Briefwechsel, organisatorische Zusammenarbeit von Lehrern und Schülergruppen, Prüfung der Lehr- und Lernbücher.

Gerade weil der Deutsche Lehrerverein sich der Verantwortung gegenüber der Zukunft unseres Staates und Volkes bewußt ist, hat er die Vereinsaufgabe „Wie stellen wir die Schule in den Dienst der Volks- und Völkerversöhnung“ gegeben. Dabei setzte er allerdings voraus, daß das Ergebnis der Aussprache in bejahendem Sinne ausfallen wird. Denn es handelt sich wirklich um eine Zukunftsfrage: Wie bereiten wir den Frieden vor? Wie stellen wir den Machtgedanken in den Reichsgedanken um? „Willst du den Frieden, so bereite den Frieden vor.“ Diese Umstellung der Geister kann keineswegs ohne Mitwirkung der Schule gelöst werden. Die Schwierigkeiten und Hemmnisse, die sich der Lösung dieser Aufgabe in den Weg stellen, sollen dabei garnicht übersehen oder verschwiegen werden. Aber man muß auch den Mut haben, um neue Gedanken zu ringen. Die deutsche Lehrerschaft kann und darf die ihr von der Reichsverfassung gestellte Aufgabe nicht beiseite schieben und alles den „Parteien“ und den „Wehrverbänden“ überlassen! Deshalb kann die Schulzeitung unmöglich die Aussprache über das Vereinsthema des D. L. V. schließen. Nur um eines bittet die Schulzeitung: bei der weiteren Aussprache über das Thema „Völkerversöhnung“ auseinander zu halten, was Aufgabe der Schule und was Aufgabe der allgemeinen Staatspolitik ist. Diese hat sich um die Friedenssicherung des Deutschen Reiches zu bemühen. Die Schule aber hat zur Friedensgesinnung zu erziehen. Uns Lehrern ist als der Gemeinschaft von Berufserziehern von der Reichsverfassung diese Erziehungsaufgabe zugewiesen. Stellen wir uns in den Dienst der Bestrebungen für Völkerverständigung, so arbeiten wir für unseren Teil verantwortlich mit an einer Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Die Schriftleitung.

Wirtschaft und Statistik in der Schule.

Die überragende Bedeutung, die die Wirtschaft im modernen Staats- und Volksleben einnimmt, hat dazu geführt, den Entwicklungsgesetzen- und Tendenzen derselben in immer stärkerem Maße nachzugehen. Überall entstehen Forschungsinstitute in Verbindung mit der Wissenschaft, die Hochschulen sind in weiten Bezirken ihrer Arbeit darauf abgestellt, der Förderung der Wirtschaft mit wissenschaftlichem Rüstzeug zur Hand zu gehen. Dies alles aus einem unentzerrbaren Zwang heraus, man kann sagen als Folge einer kapitalistischen Gesamteinstellung des vorigen Jahrhunderts, mit Vorläufern natürlich, muß sich seinen Weg suchen, ertragen, erkämpfen, gleichsam nach dem Gesetz, nach dem es angeht.

Und der Schatten dieses Geschehens fällt auf jegliches Tun des Volkslebens, fällt auf den Staat, fällt auf die Schule. Es hat keinen Sinn, etwa aus Erinnerungen an vergangene Zeiten, aus einem falsch angewandten Gefühl heraus solches zu bedauern. Man kann nur feststellen, was aus einer geschichtlichen Entwicklung heraus entstanden ist und versuchen, sein Verhalten mit den Notwendigkeiten des Gesamtlebens in Einklang zu bringen. Dabei muß das Werturteilmäßige durchaus eingeschaltet bleiben, müde Verzichtleistung hat keinen Platz.

Der Deutsche Lehrerverein hat mit Bedacht das Thema „Schule und Wirtschaft“ als Vereinsaufgabe gestellt. Könnte doch, um auch diese „Nicht-Unmöglichkeit“ einmal zu erwägen, die Zeit nicht fern sein, wo die Schule sich ihrer Erziehungsaufgaben und ihres Bestandes zu wehren haben müsse, weil wirtschaftliche Entwicklungen stärker geworden sind als der Staat. Doch soll dieser Fall in dieser Betrachtung möglichst ausgeschaltet bleiben und dagegen das positive Verhalten der Schule zur Wirtschaft Beachtung finden, soweit es sich erzieherisch, methodisch darstellt.

Man soll in der Förderung der Wirtschaft (gleichviel, um welche selbstsüchtigen oder uneigennütigen Hintergründe es sich dabei handelt) und in dem Versuch, sie in ihrer Struktur zu begreifen, die Möglichkeit sehen, sie zu lenken und dem Wohle des Staatsganzen nutzbar zu machen. Daß die Schule dabei eine, wenn auch zweite Rolle spielt, ist klar. Durch ihre Hände geht die namenlose Zahl der jungen Menschen, die später in den Wirtschaftsprozess eingereicht werden. Hier entstehen neue Anforderungen, und wenn man diese zugeht, wird man in der Volksschule sich zu manchen Umstellungen zu entschließen haben. Das Wesentliche ist wohl, wie es auch in diesen Blättern oft schon dargestellt wurde, die Arbeitsschulmethode. Auf unser besonderes Thema nun angewandt heißt dies, die Kenntnis von der Wirtschaft auf lebensvolle Weise dem Schüler zu vermitteln, soweit dies notwendig und möglich ist. Wenn hier Hilfsmittel genannt werden, die einen solchen Unterricht fördern, dann wird zugleich das Wesen eines solchen „Wirtschaftsunterrichts“ aufgezeigt.

Es ist dem Verfasser vollkommen bewußt, daß vieles, was hier angegeben werden kann, lange schon und von vielen Lehrern ausgeführt wird. Dennoch dürfte die Anzeige einer bei weitem nicht lückenlos erscheinenden Reihe von Quellenmaterialien geboten sein. Wobei natürlich über die allerletzte Echtheit und unantastbare Richtigkeit von Quellen und Zahlenmaterial nichts ausgesagt werden soll. Fehlerquellen liegen sehr häufig vor, und Zahlen, die zur Beweisführung, besonders wirtschaftlicher Zustände angeführt und der Öffentlichkeit übergeben werden, sind, für den Laien unkontrollierbar, oft zurecht frisiert.

Zu solchen unterrichtlichen Hilfsmitteln gehört vor allem das Statistische Jahrbuch für das Deutsche

Reich, das jährlich erscheint und bei rechtzeitigem Sammelbezug billiger erhältlich ist. Es umfaßt auf vielen hundert Seiten ein geradezu ungeheuerliches Gebiet und gibt auf Anhieb fast für jedes Gebiet des Kultur-, Bevölkerungs- und Wirtschaftslebens Deutschlands erschöpfende Auskunft. Das Buch müßte mindestens alle zwei Jahre neu beschafft werden, damit die neuesten Ergebnisse verwertet werden können. Weiter sind zu nennen die Veröffentlichungen des Badischen Statistischen Landesamts, die statistischen Ergebnisse, die von den Ämtern größerer Städte herausgegeben werden; weiter die Zeitschrift der „Reichszentrale für Heimatdienst“ und deren „Richtlinien“; „Baden in Wort und Zahl“ und manch anderes bis zum brauchbaren Zeitungsausschnitt.

Die Auswertung des bis hierher angeführten Zahlenmaterials für Lehrer und Klasse ist einfach. Hierbei ergeben sich viele Möglichkeiten der Darstellung an der Tafel und im Heft; einmal die der reinen Zahlendarstellung. Aber Zahlen müssen ausgedeutet werden, sonst bleiben sie leblos, Zahlenfriedhöfe, wie einmal der Direktor eines statistischen Amtes treffend sagte. Unsere selten zufriedenstellenden Tafeln und die Hefte müssen geschickt im gegebenen Raum benutzt werden. Also Kurven, Blockdiagramme, kreisförmige Zeichnungen, viel Farbstift und farbige Kreide! Auch die bildliche Darstellung läßt sich benutzen, Zeichnung von Eisenbahnzügen, von Flußlängen mit Schiffen; Häuser aneinandergereiht. Der Vielgestaltigkeit ist keine Grenze gesetzt, Lehrer und Schüler empfinden dabei reine Schaffensfreude, und selten arbeitet eine Klasse ruhiger und sicherer als auf diese Weise. Dabei kommt es, wenn man erst einmal ein halbes Jahr solchen Arbeitsunterricht eingeführt hat, von selbst, daß die Schüler unaufgefordert mit Vorschlägen kommen, ja mit selbständigen Arbeiten vor den Lehrer treten.

Methodische, und auf solche Arbeitsweise eingestellte Literatur für die Hand des Volksschülers entsteht erst allmählich, sie findet sich schon in manchen Rechenbüchern, in Geographiebüchern stärker als anderswo. Auswirken können sich solche neuen Möglichkeiten aber erst, wenn dem Lehrer recht früh, schon auf der Lehrerbildungsanstalt, auf der Akademie eine Art „Wirtschaftsgeographie“ angeeignet wird, die die schulmethodischen Schwierigkeiten leichter zu meistern versteht.

Denn es taucht bei alledem die ganz berechtigte Frage auf, ob dem Lehrer nicht erneut ein gerüttelt Maß schwerer Arbeit aufgebürdet werde, und ob man nicht aus dem Prinzip körperlich-ökonomischer Selbstverteidigung heraus sich in Abwehrstellung begeben müsse. Aber an dieser Stelle zeigt sich gerade der Wert und zugleich die Grenze einer wirtschaftsstatistischen Arbeitsweise. Mit Zahlen läßt sich viel beweisen, und die Erkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge in der Schule fördert zwar auch das Wissen von Lehrer und Schülern über die Struktur der Wirtschaft, aber auch jene, daß eben die Wirtschaft allein nicht den ganzen Staat ausmacht, daß es eben Bezirke unseres Lebens gibt und geben muß, wo rationale Erwägungen zu schweigen haben, wo die Seele sich ausruht und neue Kräfte schöpft.

Wenn eine anfangs entstehende Mehrarbeit nicht später durch Erleichterung des Unterrichtsbetriebs durch selbsttätige Arbeitsweise der Schüler kompensiert werden kann, so ist durchaus vor Überspannung zu warnen. Sonst werden wir zu „großen“ Dilettanten. Das so überaus interessante Zahlenmaterial muß zunächst noch für die Volksschulen mundgerecht gemacht werden. Solange dies nicht geschehen ist, ist auch die Scheu vor der neuesten Mode, der Statistik, durchaus begreiflich. Es scheint in unserer „Armenschule“ vorläufig noch so zu bleiben, daß alles, was der Lehrer an neuen Erkennt-

nissen auf unferrichtlichem Gebiete erarbeitet hat, daß er dies erreichen kann, indem er seine freie Zeit und seinen eigenen Geldbeutel daranwagt. Kann der Staat nicht auch einmal einige Lehrer mit solcher Vorarbeit beauftragen, indem er sie beurlaubt und von der täglichen Arbeitslast befreit? In die Ruhrbergwerke kommen nur wenige von uns, wer war schon auf einer Werft oder gar auf einem Ozeandampfer? Aber tüchtig erzählen sollen wir unsern Kindern, obschon wir das meiste nie gesehen haben!

Die gesamte Problematik des Themas ist in einem Aufsatz nicht ausdeutbar, aber es ist hohe Zeit, daß wir uns um die Dinge kümmern, ehe sie an uns unvermittelt herantreten. Dann werden wir auch den Wirtschaftserfordernissen gerecht werden können. Nehmen wir die immer stärker werdende Suprematie der Wirtschaft nicht leicht, aber erinnern wir uns auch daran, daß es kein Ruhen und Ausruhen gibt: Alles fließt!

Dr. W. Kamm.

Die Vereinfachung der Volksschulverwaltung.

In der Dezembernummer des „Städtetags“, des Organes des Deutschen Städtetages, finden sich Vorschläge für eine Vereinfachung und Verbesserung der Organisation der Schulverwaltung und Schulaufsicht im Volksschulwesen, die vom Preussischen Städtetag erarbeitet sind und trotz ihrer Beschränkung auf Preußen allgemeine Beachtung verdienen. Sie rollen die Frage nicht von der gesetzgeberischen Seite auf, weil dieser Weg zu langwierig und unsicher ist, sondern wollen die beabsichtigte Reform auf dem jederzeit gangbaren Verwaltungswege durchführen lassen. Infolgedessen müssen die bestehenden preussischen Gesetze die Grundlage der Vorschläge bilden; sie könnten, weil Baden eine ganz andere Gemeindeordnung hat, nicht ohne tiefgreifende Änderungen des bad. Schulgesetzes bei uns durchgeführt werden. Aber kurz oder lang wird aber wohl eine Normierung der Gemeindeordnungen in Form einer Reichsgemeindeordnung kommen, und wir haben daher allen Anlaß, das Vorgehen des schon durch sein Schwergewicht, aber auch durch eine größere geistige Beweglichkeit in Schulfragen führenden Landes zu beachten.

Als Ziel der Vereinfachung wird die Entlastung der oberen Aufsichtsstelle hingestellt. Diese soll im großen ganzen auf die Aufstellung allgemeiner Grundsätze und Richtlinien über Lehrplan, Dauer der Schulpflicht, Ferien, die Verhältnisse der Lehrkräfte (Vorbildung, Prüfung, Anstellung, Disziplinalgewalt, Pensionierung) beschränkt werden. Die technische Durchführung, Leitung und Beaufsichtigung, bleibt der Kreisinstanz, dem Schulrat, überlassen. Nach der Begründung soll ihm mehr Entscheidungsrecht, als das heute der Fall ist, zugelegt werden, um die Oberbehörde von Einzelheiten zu befreien. Die Vorschläge selber bringen diese Tendenz nicht eindeutig genug zum Ausdruck. Sie weisen dem Schulrat eine Stellung zu, wie sie ähnlich unsere Stadtschulräte inne hatten. Der Schulrat ist daher als Staatsbeamter der Regierung (preussisches Muster) unterstellt, muß aber den ganzen Schriftverkehr mit dieser durch die Hand des Vorsitzenden der Stadtschuldeputation gehen lassen und soll verpflichtet sein, alle „bedeutenden Angelegenheiten“ dieser Behörde mitzuteilen. In Wirklichkeit ist sein staatlicher Charakter fast nur noch formaler Natur; denn die tatsächliche Aufsicht obliegt der Stadtschuldeputation, die als Organ des Gemeindevorstandes verwaltet, als Organ der staatlichen Aufsichtsbehörde beaufsichtigt „unbeschadet der Befugnisse des Schulrates“. Die unheilvolle Bedeutung des Unglückswurmes „unbeschadet“ kennen wir! Wenn Gegensätze sich nicht überbrücken lassen oder eine entscheidende Machtverschiebung verschleiert werden soll, setzt man, um

auf dem Papier eine Synthese zu markieren, dieses hübsche Wörtchen dazwischen. Die „Schuldeputation“ übt eine unmittelbare Aufsicht durch ihren Vorsitzenden oder durch ein anderes vom Bürgermeister bestimmtes Mitglied aus. Sie soll sich allerdings auf eine „Einsichtnahme“ in den Unterricht und in die Unterrichtseinrichtungen beschränken. Aber „Einsicht“ und „Aufsicht“ lassen sich wohl am grünen Tisch, sehr schwer aber in der Praxis trennen. Den Vorschlägen ist die Scheidung nicht einmal paragrafenmäßig unzweideutig gelungen. Ganz klar ist die jeweilige Zuständigkeit nicht zum Ausdruck gebracht, weil die Vorschläge mit Vorbehalten und Einschränkungen reichlich gesegnet sind und die Entscheidung über Meinungsverschiedenheiten in Fragen der staatlichen Schulaufsicht der Regierung „vorbehalten“ bleiben. In der tatsächlichen Wirkung besteht die vorgeschlagene Vereinfachung aber doch darin, daß Leitung und Aufsicht der Volksschule, die verwaltungstechnische Organisation wie die pädagogische, in der Hauptsache auf die Gemeinde übergehen. Mit Interesse wird man der Stellungnahme des preussischen Unterrichtsministeriums entgegensehen können. Man darf wohl einige Zweifel hegen, daß sie die Lösung des Städtetags als befriedigend ansehen wird.

Für Baden wäre sie jedenfalls nicht zu befürworten. Gewiß könnte in den Beziehungen zwischen Ministerium und Kreis- bzw. Stadtschulämtern manches einfacher gestaltet werden. Eine straffe Zentralisation hat ihre großen Nachteile, weil sie den Geschäftsgang verlangsamt und auf die Schulfreudigkeit der Gemeinden nicht gerade belebend wirkt. Wir scheinen dieser Gefahr auch in Baden nicht ganz entgangen zu sein; es wird zu viel zentral entschieden. Aber umgekehrt wäre eine Vergemeindung der Volksschule in Leitung und Aufsicht ein Rückschritt der zu der bisherigen Entwicklung und zu den mannigfachen auf Ausgleich und Normierung drängenden Kräften im Widerspruch stünde.

Die bisherige Verteilung der Volksschullasten dürfte sich im allgemeinen bewährt haben. Eine schwere Störung stellt aber der Abbauparagraph des Finanzgesetzes dar, der sich insbesondere für die städtische Volksschule verhängnisvoll auswirkt, wächst durch seine unmittelbare Abbauwirkung und noch mehr durch die Lähmung jedes Fortschritts, der von der Gemeinde getragen werden könnte. In Freiburg kamen bis jetzt 2 planmäßige Stellen infolge des Finanzgesetzes in Wegfall. Dem steht eine Zunahme der Schülerzahl von rund 1100 in drei Jahren gegenüber. Das bedeutet einen geheimen Abbau von 25 Lehrerstellen auf, wenn man die an und für sich schon viel zu hohe Freiburger Durchschnittszahl von 44 Schülern zugrunde legt. Die Stadtverwaltung erklärt, solange nicht abhelfen zu können, als der Staat die gesamte Stellenzahl durch sein Finanzgesetz verringere, weil dadurch eine „schleichende Lastenverschiebung“, die auch auf andern Gebieten (Fürsorgewesen) zu beobachten sei, eintrete. Die in neue Verschlechterung der Volksschulverhältnisse durch diese schleichenden Übel läßt sich leider zahlenmäßig nicht ausdrücken; sie trifft aber alle unsere Ausbaubestrebungen an der Wurzel. Den Schulverwaltungen bleibt so nur eine Verschlechterung des Unterbaues oder der Gesamtschule übrig; meist scheint der Unterbau der leidtragende Teil gewesen zu sein. Es ist notwendig, daß die verschiedenen unter dem Zwang der Verhältnisse begangenen Wege miteinander verglichen werden, um ein Bild von der wirklichen Lage der städtischen Volksschule zu erhalten. Der Grad des Rückganges ist freilich verschieden, weil der offene Abbau nicht im gleichen Verhältnis vorgenommen wurde¹. Die

¹ Der Hauptgrund der schlechten Schulverhältnisse an der Freiburger Volksschule ist darin zu suchen, daß die Stadt Freiburg zu wenig übergesehliche Stellen übernommen hat.

Verhältnisse an Ostern d. J. stellen Staat und Gemeinden vor verantwortungsvolle Entscheidungen.

Mechanische Gesetzesbestimmungen, deren Wirkungen auf die Einzelgebiete nicht vorausgesehen und auch nicht beabsichtigt sind, bilden kein Ruhmesblatt für den Gesetzgeber. Man müßte notwendige Einsparungen auf einem sachlich begründeten Wege zu erzielen suchen, auch wenn er viel schwerer zu begeben ist. Vereinfachungen der Staatsverwaltung werden durch Abbaubestimmungen auf die Dauer nie vorgenommen werden. Die Vereinfachung der Schulverwaltung könnte ebenfalls zur Gefahr für die Schule werden, wenn sie einseitig den verwaltungstechnischen Gesichtspunkt herauskehrt wie das Finanzgesetz den finanziellen. Ihr Ziel kann nur die Beseitigung von Leerläufen sein, um Kräfte für die pädagogische Aufgabe der Schule frei zu machen, die heute anderweitig in unproduktiver Weise festgehalten sind.

Schilling.

Die Rektorenfrage und der Badische Lehrerverein.

Bekanntlich brachte das neue Besoldungsgesetz sinnwidrige Härten. Mit Recht wurde auch im Reichstag festgestellt, daß eine der größten Nachteile im neuen Besoldungsgesetz die Auswirkung der Bestimmung sei, wonach beim Übertritt in eine höhere Besoldungsgruppe — von besonderen Ausnahmefällen abgesehen — immer nur der nächst höhere Grundgehalt zu gewähren sei. Hat die Beamtenenschaft in früheren Besoldungsgesetzen dagegen gekämpft, daß beim Übertritt in eine höhere Gruppe 4 Besoldungsdienstjahre verloren gehen, so kann nach dem neuen Besoldungsgesetz sogar der Zustand eintreten, daß der Beamte alle bisherigen Besoldungsdienstjahre einbüßt. Die alten Honsellischen Übergangsbestimmungen feiern damit ihre Auserstehung.

In besonders grauer Weise trifft diese Verschlechterung für die Rektoren zu, die in die Verzahnungsgruppe 3b überführt werden. Troßdem der Badische Lehrerverein nach wie vor die „Selbstverwaltung“ fordert, hat er in wiederholten mündlichen Besprechungen und schriftlichen Vorstellungen rechtzeitig auf diese bestehenden Schwierigkeiten hingewiesen und die Anwendung des „Härteparagrafen“ gefordert. Am 18. Juni 1928 ging dann auch noch folgende Eingabe an das Unterrichtsministerium ab:

Besoldungsordnung betr.

Der Personalanhang zum Staatsvoranschlag für 1928/29 sieht leider eine so geringe Zahl von Stellen für Rektoren von Volksschulen in Gruppe 3b vor, daß nur die ältesten Stelleninhaber berücksichtigt werden können. Zugleich aber sind die Überführungsbestimmungen des Besoldungsgesetzes so hart, daß auch die nach 3b zu überführenden Rektoren keinerlei erheblichen Vorteil von dieser Überführung haben. Nach § 7 des B. G. erhalten diese Beamten „beim Übertritt aus einer Besoldungsgruppe in eine andere mit gleichem oder höherem Grundgehalt den nächst höheren Grundgehaltssatz und beziehen ihn zwei Jahre lang“. Das bedeutet, daß ein von 4a nach 3b zu überführender Rektor die ersten zwei Jahre nach der Überführung nur einen Grundgehaltssatzschlag von 200 Mk. und dazu das aus der höheren Grundgehaltssatzklasse sich ergebende erhöhte Wohnungsgeld erhält. Da die weiteren Zulagen bis zum Höchstgehalt von 7000 Mark alle in zweijährigen Fristen erdient werden müssen, bedürfte es also bei jedem Überführten noch wenigstens einer aktiven Dienstzeit von 6 Jahren, um den Höchstgehalt von 7000 Mk. überhaupt zu erreichen und aus ihm pensioniert werden zu können.

Nach den Altersverhältnissen der derzeitigen Rektoren steht die Gesamtzahl der nach 3b Überführten in einem Lebensalter, daß keinem die Erreichung des Höchstgehaltes von 7000 Mark ermöglicht wird.

Es ergibt sich die Frage, ob diese Härte nicht auf dem Wege des Härteausgleiches gemäß § 51 des Besoldungsgesetzes beseitigt werden kann.

Weiter ist die Rückwirkung dieser ungünstigen Überführungsbestimmungen auf die Pensionierung der Überalterten von besonderer Bedeutung. Die staatliche Besoldungsgesetzgebung geht doch wohl stillschweigend aber grundsätzlich von der Erwägung aus, daß den Beamten ermöglicht werden soll, vor Ausscheidung aus dem Dienst durch Alterspensionierung wenigstens den Höchstgehalt seiner Besoldungsgruppe zu erreichen. Wie wir erfahren, haben auch im Haushaltsausschuß eingehende Erörterungen stattgefunden darüber, daß in einer ganzen Anzahl von Fällen — u. a. auch bei den Rektoren — diese Absicht nicht erreicht wird. Der Haushaltsausschuß habe aber die dadurch gegebene Härte anerkannt und unter Berufung auf § 51 des Besoldungsgesetzes die Möglichkeit des Härteausgleiches zugestanden.

Daraus dürfte sich als Schlussfolgerung ergeben, daß wenigstens dem Beamten die Zubilligung des Ruhegehaltes aus dem Höchstgehalt seiner Gruppe gewährt werden soll, wenn und soweit durch die Überführungsbestimmungen des Besoldungsgesetzes die Erreichung des Höchstgehaltes nicht schon vorher möglich war.

Wir halten diese Ausgleichsregelung für eine selbstverständliche Maßnahme angesichts der Tatsache, daß hier sicher nicht gewollte Härten vorliegen, die nicht auch noch in die Pensionszeit mit hinüber geschleppt werden dürfen. Wir bitten darum die zuständigen Stellen, eine dahingehende Regelung zu treffen,

daß den nach 3b überführten Rektoren, denen wegen Überalterung die Erreichung des Höchstgehaltes in 3b nicht möglich ist, bei ihrer Zurubeziehung die Versorgungsbezüge aus dem Höchstgehalt von 3b zugestanden werden.

Wir bitten, nach Entscheidung über diese Frage um eine gefällige Benachrichtigung.

Der Vorstand:

Auch der Rektorenverein reichte am 7. Juli 1928 zu derselben Angelegenheit eine Eingabe an den Landtag ein. Über die Verhandlungen im Haushaltsausschuß wurde in Nummer 50 der Schulzeitung eingehend berichtet. Sowohl der Berichterstatter als auch der Vertreter des Unterrichtsministeriums wiesen auf die wiederholten mündlichen Vorstellungen und auf die Eingabe des Bad. L.-V. hin, und es kam folgender Beschluß des Haushaltsausschusses zustande:

„Der Haushaltsausschuß beantragt, der Landtag wolle beschließen: 1. Obiges Gesuch der Regierung in dem Sinne zu überweisen, daß die Fälle, wo infolge Überalterung die Erreichung des Höchstgehaltes in 3b nicht mehr möglich ist, als Einzelfälle im Sinne des § 51 des Besoldungsgesetzes behandelt werden. 2. In gleichem Sinne bei andern Beamtengruppen zu verfahren.“

Leider konnte nicht erreicht werden, daß das Finanzministerium den Härteparagrafen generell anwendet, und zwar auch in dem Sinne, schon den aktiven Rektoren einen höheren Grundgehalt, als den nach den allgemeinen Bestimmungen des § 7 zu gewährenden, zubilligen. Dagegen hat der Finanzminister auf Grund obigen Beschlusses des Haushaltsausschusses sein Einverständnis damit erklärt, daß im Einzelfall der Berechnung des Ruhegehaltes oder des Witwengeldes der Höchstsatz der Gruppe 3b (7000 Mk.) zugrunde gelegt wird. Dem Bad. Lehrerverein ging unter dem 26. Januar vom Minister des Kultus und Unterrichts folgendes Schreiben zu:

Der Minister
des Kultus und Unterrichts.

Karlsruhe den 26. Januar 1929.
Besoldungsordnung hier Anwendung
des § 51 des Besoldungsgesetzes.

Der Herr Finanzminister hat sich mit Schreiben vom 16. Jan. 1929 damit einverstanden erklärt, daß das Besoldungsdienstalter der bis endgültig zurubegeetzten Rektoren Morlok und Rutherford so verbessert wird, daß ihnen der Ruhegehalt aus der letzten Stufe der Besoldungs-Gruppe 3b zukommt. In gleicher Weise ist das Besoldungs-Dienstalter des inzwischen verstorbenen Rektors Feuchter verbessert worden mit der Folge, daß die Berechnung der Bezüge der Witwe aus dem Endgehalt der Besoldungs-Gruppe 3b erfolgt.

Zur Verbesserung des Besoldungs-Dienstalters der 3. St. noch im aktiven Dienst stehenden Rektoren hat sich dagegen der Herr Finanzminister nicht bereit erklärt. Er ist jedoch damit einverstanden, daß das Besoldungs-Dienstalter derjenigen Rektoren, die in der Zwischenzeit um eine solche Verbesserung besonders nachgesucht haben, auf den Tag der Wirksamkeit ihrer Zurücksetzung in 3b in der gleichen Weise wie dasjenige der Rektoren Morlock und Ruthardt verbessert wird. Im übrigen will der Herr Finanzminister die Entscheidung über künftige Besuche von noch im aktiven Dienst stehenden Rektoren jeweils im Einzelfall im Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem aktiven Dienst treffen.

gez. Leers.

Wir freuen uns, daß in der Frage der Anwendung des Härteparagrafen mindestens ein Teilerfolg erzielt worden ist. Dabei sehen wir voraus, daß allen Rektoren in 3b der Ruhegehalt aus dem Höchstgehalt von 7000 Mk. zugestanden wird. Das erfolgt allerdings jeweils nur auf Grund eines besonderen Besuches, das an das Unterrichtsministerium zu richten ist. Auf die gesamte Frage „Rektorenverein und Badischer Lehrerverein“ wird noch zurückzukommen sein. Hier soll nur an einem Beispiel gezeigt werden, daß der Badische Lehrerverein auch Einzelinteressen der Mitgliedschaft mit Nachdruck vertritt, allerdings nur insoweit, als dies auch im Allgemeininteresse liegt, wie das hier der Fall ist.

Wann wird für Baden die Aufhebung der rückwirkenden Herabsetzung der örtlichen Sonderzuschläge durchgeführt?

Der Badische Landtag hat am 24. Februar 1928 anlässlich der Verabschiedung des Besoldungsgesetzes einige Entschlüsse gefaßt, von denen Ziffer 2 lautet:

„Der durch den Reichsrat beschlossene Abbau der örtlichen Sonderzuschläge wird den Teuerungsverhältnissen des Grenzlandes Baden nicht gerecht. Die Art der Durchführung des Abbaues hebt zudem für viele Beamte die Auswirkung der zur Zeit im Gang befindlichen Besoldungsneuordnung größtenteils auf. Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung wenigstens eine schonlichere Durchführung der getroffenen Maßnahmen zu erwirken.“

Um die Jahreswende hat nun der Reichsfinanzminister angeordnet, daß die rückwirkende Kraft des Gesetzes über den Abbau der örtlichen Sonderzuschläge auf 1. Oktober 1927 aufzuheben sei. Demgemäß wurden den Reichsbeamten in der ersten Hälfte des verflossenen Monats, die sich zu ihren Gunsten ergebenden Unterschiedsbeträge nachbezahlt. Angesichts obiger Entschlüsse des Landtags muß es Befremden erregen, daß die badische Regierung nicht sogleich dem Vorgehen des Reichsfinanzministers gefolgt ist, um den von dem Abbau betroffenen Beamten und Lehrern zukommen zu lassen, was jetzt durch den Erlaß des Reichsfinanzministeriums möglich geworden ist.

In der Berechnung der Nachzahlung allerdings ist das Reich mit einem sehr schlechten, rechtlich ganz unhaltbaren Beispiele vorangegangen, und es muß verlangt werden, daß unsere Regierung einen besseren und gerechteren Weg einschlägt, wie dies auch im Sinne der Landtagsentschlüsse liegt.

Bei den Reichsbeamten erfolgte die Nachzahlung auf Grund einer Gegenüberstellung des bisherigen örtlichen Sonderzuschlages der alten Gesamtbezüge und des jetzigen gekürzten Sonderzuschlages aus den neuen Grundgehältern. Das neue Besoldungsgesetz hat aber rückwirkende Kraft auf 1. Oktober 1927, während die Änderung des örtlichen Sonderzuschlages für die Reichsbeamten erst ab Januar 1928 erfolgen kann. Daraus ergibt sich die klare Rechtslage, daß in jener Gegenüberstellung auf der einen Seite der ungekürzte Sonderzuschlag aus den

neuen Gesamtbezügen und auf der anderen Seite der gekürzte Sonderzuschlag aus den neuen Grundgehältern allein angefaßt werden muß. Dieser rechtlichen Folgerung hat Preußen schon damals stattgegeben, indem das Finanzministerium für das letzte Vierteljahr 1927 den ungekürzten Sonderzuschlag auf Grund der neuen Gesamtbezüge auszahlen ließ.

2. Außer der Beachtung dieser allgemein im Reiche zu geltenden Rechtslage, für deren Anerkennung die Organisationen unbedingt Sorge tragen müssen, ergibt sich für Baden noch ein gesonderter Sachverhalt:

Nachdem das Sperrgesetz gefallen ist, erledigen die Länder ihre Besoldungen nach eigenem Ermessen selbständig. Da in Baden das Besoldungsgesetz erst am 24. Februar 1928 verabschiedet wurde, erfolgte die Abrechnung der Bezüge erst auf den 1. April 1928. Da nun der Abbau der örtlichen Sonderzuschläge nicht rückwirkend erfolgen kann, kommt für Baden hierfür als Stichtag nur der 1. April in Frage. Wären Berechnung und Abbau der Sonderzuschläge damals so erfolgt, wie sie der tatsächlichen Rechtslage entsprechen, so hätten die badischen Beamten und Lehrer bis zum 1. April 1928 in den Genuß des alten höheren Sonderzuschlages aus dem neuen Grundgehalt, Wohnungsgeld und Kinderzuschlägen gelangen müssen. Es trat somit auch für das erste Vierteljahr 1928 eine Schädigung der Orte mit örtlichem Sonderzuschlag ein, weshalb auch für Baden die Nachzahlung auch für dieses erste Vierteljahr 1928 als rechtens gefordert werden muß.

3. Unsere auf 1. April 1928 erfolgte Abrechnung ergab für einzelne Beamte Überzahlungen, die nicht zurückerhoben, sondern im Ausstand belassen wurden. Es widerspräche dem elementarsten Billigkeitsempfinden, wenn diese niedergeschlagenen Beträge wieder aus der Verfenkung hervorgeholt und in Abzug gebracht werden würden. Abgesehen davon, daß den Betroffenen die Freude an der Nachzahlung gründlich vergällt wäre, läge eine solche Maßnahme gewiß nicht im Sinne der eingangs erwähnten Willensäußerung des Badischen Landtages.

Angesichts der Zurückhaltung der Regierung ist es Pflicht der Organisationen, auch wenn es sich nur um einen kleinen Kreis von Beamten und Lehrern handelt, alle Kräfte für eine verbesserte Durchführung der badischen Nachzahlungen einzusetzen. (Schriften sind vom Bad. L.-V. unternommen. Siehe Schulztg. v. 26. Jan. 1929. Die Schriftltg.)

Es muß zum Schlusse darauf hingewiesen werden, daß die jetzige Nachzahlung schlagend beweist, wie übereilt der Abbau der örtlichen Sonderzuschläge damals durchgeführt wurde. Daß in jenem Zeitpunkte die Flut der Eingaben und Proteste bei einem solchen Arbeitstempo insgesamt unter den grünen Tisch fiel, war schließlich nicht verwunderlich. Um so mehr müssen Zweck und Aufgabe einer baldigen Überprüfung sein, die einzelnen Besuche einer eingehenden Beurteilung zu unterziehen. Dann ist auch zu erwarten, daß Baden als Grenzland die ihm gebührende Berücksichtigung findet und dabei Mannheim nicht schlechter gestellt wird als das mit Mannheim ein wirtschaftlich Ganzes bildende Ludwigshafen.

A. F., Mhm.

Rundschau.

Neujahrsgedanken. „Ich bin mir bewußt, daß ein blühendes Schulwesen auf zwei Voraussetzungen beruht: auf guten materiellen Einrichtungen und auf der Vereinstellung wertvoller geistiger Kräfte. Die Berufsfreudigkeit und der Geist der Lehrerschaft sind für den Wert der Schule ausschlaggebend. Die Lage des Lehrers muß rechtlich und materiell gesichert sein, damit ihm die für seine Berufsaufgabe nötige Spannkraft und Begeisterung erhalten bleibt... Bei aller Wertung der Spezialaufgaben ein-

zelter Lehrergruppen muß betont werden, daß der Klassenlehrer die Säule der allgemeinen Volksschule darstellt, und daß durch entsprechende Wertung seiner Arbeit erstklassig befähigte Kräfte dieser Aufgabe erhalten bleiben. Für die unterschiedliche Behandlung der Stadt- und Landlehrer ist in der allgemeinen Befoldungsordnung kein Platz." Dies sind Worte aus dem Munde eines deutschen Kultusministers. Ich würde mich aufrichtig freuen, schreiben zu können, daß sie neulich vom Württ. Kultusminister in einer großen Volksschullehrerversammlung in Stuttgart gesprochen worden sind. Doch stammen sie vom badischen Unterrichtsminister Leers, der am 7. Dezember 1928 im Bezirkslehrerverein Mannheim vor 500 Lehrern und Lehrerinnen über „Aktuelle Schulfragen" sprach. Sie zeugen von einer Wertschätzung der Schule und ihrer Bildungsarbeit und von einer Hochachtung unseres Standes, wie wir es leider heute nicht gar so häufig treffen. — Diese anerkennenden Worte entnehmen wir einem Neujahrsartikel des Vorsitzenden des Kath. Lehrervereins in Württemberg.

„Unser Bildungswesen krank an Kopf und Gliedern". Die „Kölnische Zeitung" teilt eine Äußerung Stegerwalds über das akademische Proletariat mit, der wir folgendes entnehmen:

Nach Stegerwalds Ansicht ist unser mittleres und höheres Bildungswesen heute krank an Kopf und Gliedern. Dem preussischen Staat kostet heute jeder Hochschüler jährlich 1600 Mark, der Student der Technischen Hochschule 1700 Mark Zuschuß. Dabei seien die deutschen Hochschulen überfüllt wie noch nie. Jeden Tag komme zu ihm ein halbes Dutzend Akademiker, die untergebracht sein wollen, was natürlich unmöglich sei. In kurzer Zeit würden wir erleben, wie aus den Besitzlosen der Hochschule die entschiedensten kommunistischen Führer entstünden. Ein Großindustrieller mit durchaus sozialer Grundeinstellung, der seit Jahren in der Krankenkassenarbeit stehe, habe in nichtöffentlicher Sitzung des Kölner Parteitages gesagt: Die gegenwärtige Überfüllung des Arztestandes und die in der Regel übliche Arztordnung in den Krankenkassen führe zur Bestechlichkeit der Ärzte und der Krankenkassen. Viele Ärzte sagten dasselbe. Unsere öffentliche Verwaltung sei vielfach überfüllt mit hochschulmäßig gebildeten Beamten. Bei der Reichspost sei kürzlich festgestellt worden, daß von 3000 höheren Beamten 1300 und von 47000 mittleren Beamten 16000 zu viel seien, das heißt, Dienste verrichten, die von mittleren und unteren Beamten ausgeführt werden könnten. Mehr als 95 v. H. aller Beamten bei Reichsbahn und Reichspost könnten aus den unteren Beamten genommen werden, die, ähnlich wie die heutige Schutzpolizei, in Kursen für ihre gehobene Aufgabe herangebildet werden könnten. Bisher würden den unteren Beamten bei der Reichsbahn, insbesondere aber bei der Reichspost, als Vorgesetzte Abiturienten oder Einjährige aufgestopft. Das Berufsschulwesen müsse in ganz andern Maße in das deutsche Bildungswesen eingearbeitet werden. Derjenige, der acht Volksschuljahre hinter sich habe, der drei Jahre als Handwerker lerne und daneben die Berufsschule mit Erfolg besucht habe, müsse in seiner Tätigkeit und seinen Aufstiegsmöglichkeiten mindestens mit dem Einjährigen, dem 15 bis 16-jährigen Unterssekundaner gleichgestellt werden. Durch ein geradezu lächerlich wirkendes Berechtigungswesen und einen Prüfungsakram, über den die Amerikaner und Engländer den Kopf schüttelten, suche man eine bevorrechtete Abkapelung, ein Chinesentum aller schlimmster Art herbeizuführen. Wir vergeistigten so eine breitere Schicht und machten sie weltfremd gegenüber der Wirklichkeit, dem natürlichen denkenden Volkstum und dem gesunden Menschenverstand.

Gehobene mittlere Beamtenerschaft und Lehrerschaft. Reichstagsabgeordneter Steinkopf (SPD.), gehobener, mittlerer Postbeamter, hat für seine Fraktion eine Denkschrift ausgearbeitet, die u. a. folgende für uns standespolitisch interessante Ausführungen enthält: Vergleich der Supernumerare mit den Lehrern.

„Ich weiß, daß die Lehrer diesen Vergleich ablehnen. Sie halten lediglich einen Vergleich mit den Studienräten für richtig. Ich will darüber nicht reden. Jedoch ist es nun einmal so, und das wird so bleiben, daß nicht die gehobenen mittleren Beamten, sondern die gesamte Öffentlichkeit den Vergleich zwischen diesen Beamten und den Lehrern zieht. Im übrigen haben die Lehrer in der Vorkriegszeit, als sie in ganz ungeredelter Weise miserabel bezahlt wurden, den Vergleich mit den damaligen Sekretären nicht abgelehnt, sondern sich im Gegenteil auf diese berufen und die Gleichstellung mit ihnen verlangt. (Nur in Preußen.) Wie gesagt: die Lehrer waren im Kaiserreich miserabel bezahlt. Die gesamte Beamtenerschaft trat für die Forderung der Lehrer: Gleichstellung mit den Sekretären ein. Die Nachkriegszeit brachte die Erfüllung der Forderung. Die Lehrer verlangen nun mehr, unabhängig von der Befoldung der gehobenen und mittleren Beamten, behandelt und eine Stufe nach den Studienräten eingestuft zu werden. Sie begründen dies u. a. mit dem Hinweis auf ihre Vorbildung, die in einigen Ländern voll-

akademisch, in anderen — z. B. Preußen — halbakademisch ist. Ich gestehe offen, daß ich den Lehrern alles das gönne, was sie erreichen können. Ich muß es aber ablehnen, den gehobenen mittleren Verwaltungsbeamten schlechter als den Lehrern behandeln zu lassen. Haben sich in der Vorkriegszeit die Lehrer auf die damaligen mittleren Verwaltungsbeamten berufen, so werden sie es verstehen und nichts dagegen einwenden können, daß diese sich jetzt auf sie berufen. Schon ist es der Öffentlichkeit vielerorts unverständlich, daß die Lehrer teilweise sehr weit über die Verwaltungsbeamten der Regierung, des Landratsamtes, der Steuer-, Zoll-, Post-, und Reichsbahnverwaltung herausgehoben worden sind, mit denen sie früher gleich standen, oder die sogar besser bezahlt waren. Die Klagen hierüber liegen in großer Zahl vor. Trotzdem denke ich nicht daran, den Lehrern irgendwie in den Arm zu fallen. Im Gegenteil, ich betone nochmals, daß ich ihnen alles gönne. Ich werde aber im Laufe der weiteren Entwicklung darauf dringen, daß eine gleichmäßige Behandlung der gehobenen mittleren Beamten mit den Lehrern unter allen Umständen gewährleistet wird. Ich kann nicht zugeben, daß die Leistungen eines Amtmannes, Oberinspektors oder Inspektors einer großen Reichsbehörde, der sich vielleicht noch nicht in Vorsetzstellung befindet, für die Allgemeinheit von geringerem Wert sein sollte, als diejenige eines Rektors, Mittelschullehrers oder Volksschullehrers, deren Leistungen ich gern anerkenne. Jede Behörde hat ihren besonderen eigenen Wert für die Allgemeinheit, sonst wäre sie nicht vorhanden. Es geht nicht an, diesen Wert gegeneinander abzuschätzen. Hierfür gibt es keinen Maßstab. Sie müssen alle als gleich wertvoll angesehen und behandelt werden. Jede unterschiedliche Behandlung muß zu falschen Schlüssen führen, aus denen sich nur Kränkungen, Zurücksetzungen und Ungerechtigkeiten ergeben. Bei der Bewertung der Beamtenstellungen in einer Behörde kann und darf die Zweckbestimmung der Behörde nicht ausschlaggebend sein. Der Wert der Stellung eines Beamten ist ausschließlich nach der Art, dem Inhalt und dem Umfang seiner dienstlichen Tätigkeit zu beurteilen. Und dies kann nur die eigene Behörde richtig abwägen. Es muß also an der Gleichberechtigung der gehobenen mittleren Beamten mit den Lehrern festgehalten werden. Deshalb ist es auch aus diesem Grunde notwendig, als Vorbildung der gehobenen mittleren Beamten das Abiturium zu bestimmen." — Die Volksschullehrerschaft veraleicht sich mit den akademisch gebildeten Lehrern an Höheren Lehranstalten, weil das Wesen der Schularbeit an allen Schularten das gleiche ist. Die Arbeit in der Schule verlangt für alle Lehrerpartungen ein wissenschaftliches Berufsstudium. Den Vergleich mit den mittleren Beamten müssen wir deshalb ablehnen, weil die Gleichartigkeit der beruflichen Tätigkeit nicht vorliegt. Das sollte auch der Reichstagsabgeordnete Steinkopf berücksichtigen. Die Aussprache in der letzten Zeit hat überaus gezeigt, daß den mittleren Beamten das Abiturium voraussichtlich nicht zugebilligt werden wird. So laue nicht der Nachweis der Notwendigkeit eines wissenschaftlichen Berufsstudiums für die gehobene mittlere Beamtenerschaft erbracht ist, solange wird das Abitur für diese Beamtengruppe kaum zu erreichen sein.

Beamte und Neubauwohnungen. Die Spitzenorganisationen der Beamten haben am 9. Januar im Haushaltausschuß des Reichstages auch die Berücksichtigung der Härten für die Inhaber von Neubauwohnungen verlangt. Im Beamtenausschuß hat später ein Vertreter der Reichsregierung eine Ausgleichsregelung zugesagt. Die Reichsregierung hat Besprechungen mit der Preussischen Regierung aufgenommen.

Der Reichstagsabgeordnete Steinkopf hatte auf den Unterstützungsweg aufmerksam gemacht. (S. S. 3. 1929 Nr. 2. S. 40.) Der Beamtenbund teilt dazu mit, daß bei den Reichsressorts darin Übereinstimmung besteht, die Unterstützungsbefähigung anzuerkennen, wenn sie mit der Tatsache begründet wird, daß der Beamte als Inhaber einer Neubauwohnung wesentlich höhere Miellasten zu tragen hat als für eine Altwohnung in Betracht kommen.

Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft. Die Vossische Zeitung berichtet in ihrer Nummer vom 25. Januar unter dieser Überschrift:

„In der letzten Sitzung der philosophisch-historischen Klasse der Akademie sprach Professor Eduard Spranger über den Sinn der Voraussetzungslosigkeit in den Geisteswissenschaften. Während noch 1919 Max Weber eine technologisch-positivistische Auffassung von den Geisteswissenschaften verteidigt, wird jetzt von vielen Seiten der Gedanke vertreten, daß jeder geisteswissenschaftliche Standpunkt notwendig weltanschauliche Voraussetzungen habe. (Rothacker, Litt, Scheler.) Die Bewegung droht zuletzt in die Forderung einer spezifisch katholischen und protestantischen, einer

humanistisch-bürgerlichen und einer proletarischen Wissenschaft auszumünden. Sie ist daher für die Organisation der Forschungs- und Lehranstalten von ungemeiner Tragweite. Drei Momente vor allem schränken die sog. Voraussetzungslosigkeit ein: Singularität der historischen Geisteslage, aus der sich die Wissenschaft entfaltet; die verstehende Forscherpersönlichkeit; Beteiligung werkschöpfender Funktionen schon am Prozeß verstehender Sinn-Deutung.

Soll dem gegenüber der Sinn der Wissenschaft gerettet werden, so ist erforderlich: Festhaltung der Wahrheitsidee; Selbstkritik der Wissenschaft bis in die weltanschaulichen Voraussetzungen hinein, deren Eigenart selbst noch zu wissenschaftlichem Bewußtsein erhoben werden muß; Aberwindung des Relativismus der Standpunkte durch Erneuerung des dialektischen Verfahrens, das allein über der Zerspitterung der Auffassungen noch eine höhere Einheit, gleichsam eine Wissenschaft höherer Potenz zu retten vermag. Die Lage der Wissenschaft wird hoffnungslos, wenn man im Anschluß an Kierkegaard, wie heute viele protestantische Theologen und Philosophen, die Dialektik als resultatlos ansieht. Gegenüber der Gefahr einer Auflösung der Wissenschaft in Weltanschauungsschulen muß an der Idee der Wissenschaft und der Einheit ihrer Pflegestätten — Akademie und Universität — festgehalten werden. Denn keine Weltanschauungsgruppe kann für sich selbst den modernen Wissenschaftsgedanken entbehren."

Der Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratischen Partei hat am 13. Januar folgende Beschlüsse gefaßt:

Der Landesparteitag der SPD. Sachsens setzt sich ein für die energischste Propaganda für die weltliche Schule. Alle Parteimitglieder sind verpflichtet, die Bestrebungen der weltlichen Schule zu fördern und werden aufgefordert, ihre Kinder vom Religionsunterricht abzumelden.

Der Landesparteitag macht es jedem Genossen zur ernststen Pflicht, dahin zu wirken, daß die in der Sozialdemokratischen Partei organisierten Beamten sich gewerkschaftlich im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund organisieren.

Badischer Lehrerverein.

Mitglieder- und Vertreter-
versammlung betr.

I. Leitfähe zur Behandlung der Vereinsaufgabe.

(Der Mitgliederversammlung vom Vorstand unterbreitet.)

1. Thema:

Die Schule im Dienst der Volks- und Völkerveröhnung.

Der Selbsterhaltungstrieb der Völker, ihre enge wirtschaftliche Verflochtenheit und der Gedanke der Menschlichkeit zwingen zur Versöhnung zwischen den Nationen und zwischen den Gliedern desselben Volkstums. Die Schule hat neben den anderen Erziehungsmächten die Aufgabe, das heranwachsende Geschlecht in diesem Geiste zu erziehen.

I.

Dem Ausgleich der inneren Gegensätze des Volkes dient das einheitlich und organisch aufgebaute und sozial gestaltete Schulwesen, das jedem die Bildung gibt, die seiner Veranlagung gemäß ist.

Soziale und weltanschauliche Trennung der Schüler vertieft bestehende Gegensätze. Dagegen hat die gemeinsame Erziehung der Kinder aller Konfessionen und Volksschichten, wie sie in der badischen Simultanschule seit über 50 Jahren erfolgt, wohlthätig hinsichtlich der inneren Befriedigung des Volkes gewirkt.

Das Leben der Schule muß immer mehr vom Geiste echter Gemeinschaft erfüllt werden.

II.

Das Geschlecht, das die Schrecken des Krieges in solchem Maße kennen lernte, wie das gegenwärtige, hat die Pflicht, die Jugend im Sinne friedvoller Verständigung zu erziehen.

Die Schule muß deshalb Erkenntnis des deutschen Wesens und seiner Aufgabe unter den Völkern vermitteln.

Sie muß aber auch Verständnis erwecken für die Eigenart anderer Völker.

Im Geschichtsunterricht muß strenge Wahrhaftigkeit auch andern Völkern gegenüber Richtschnur sein. Statt des vorwiegend kriegerischen Heldentums ist das soziale und ethische in edlen Vorbildern zu zeigen.

Die Friedensidee ist zu fördern durch Wegbereiung für den auf den Rechtsgedanken zu gründenden Völkerbund.

Lehrbücher, welche gegen diese Forderungen verstößen, sind zu beseitigen.

Durch internationale Zusammenarbeit zwischen den Erziehern aller Länder und Förderung des Kinderaustausches zwischen den Nationen ist gegenseitiges Verständnis und Vertrauen zu erwecken.

2. Thema:

Wirtschaft und Schule.

Tiefgehende Veränderungen im deutschen Wirtschaftsleben zwingen auch die Schule, diesen Verhältnissen gegenüber ihre Stellung nachzuprüfen.

Die Landwirtschaft ringt um ihren Bestand; die Industrialisierung der Bevölkerung schreitet weiter fort;

die Rationalisierung der Betriebe hat Arbeitslosigkeit großer Massen zur Folge;

die Mechanisierung der Arbeit bedroht durch Bevorzugung des ungelerten Arbeiters die kulturelle Höhe breiter Volksschichten.

Demgegenüber erfordern Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Handel, überhaupt jede wirtschaftliche Betätigung, Arbeitskräfte von rascher Umstellungsfähigkeit und geistiger Regsamkeit.

Der Entseelung der Arbeit an der Maschine muß als Ausgleich ein höher entwickeltes geistiges Leben gegenüberstehen, damit gesellschaftszerstörende Strömungen verhütet und der Sinn des eigenen Lebens gerettet werde. Volksgesundheit, sittliche und materielle Güter bleiben erhalten, wenn ein Volk, anstatt der Genußsucht zu verfallen, in seiner Gesamtheit zur Teilnahme an den Kulturgütern fähig gemacht wird.

Der Wirtschaftsfriede wird abhängen von dem Anteil, den der Arbeiter an der Gestaltung des Betriebes hat. Diese Mitentscheidung, aber auch die Abhängigkeit des gesamten Staatswohles von der Einsicht und sittlichen Haltung der großen Masse der Staatsbürger bedingt für alle eine möglichst hohe Bildungslage.

Die Schule muß daran mitarbeiten, in jedem Volksgenossen ein richtiges Wertbewußtsein zu schaffen, das selbst wieder auf die Gütererzeugung veredelnd zurückwirkt.

Die Wirtschaft muß zur Verwirklichung dieser Grundsätze dem Staate die Mittel für ein gut ausgebautes Schulwesen schaffen.

II. Anträge zur Vertreterversammlung.

Der Bezirkslehrerverein Heidelberg-Stadt legt zur Behandlung auf der Vertreterversammlung in Freiburg folgende Anträge und Entschlüsse vor:

1. Zur Lehrerbildung:

a) Die V.-V. bedauert, daß die Lehrerbildungsanstalten in ihrem inneren Aufbau nicht hochschulmäßig ausgebaut sind. Der Vorstand wird gebeten, alles daran zu setzen, einen hochschulmäßigen Ausbau der Lehrerbildungsanstalten zu erreichen.

Verschiedenes.

- b) Die V.-V. beauftragt den Vorstand, die zur Beseitigung der Gesetzesbestimmungen, die den „Vorkurs“ betreffen, erforderlichen Schritte zu unternehmen.
- c) Darauf hinzuwirken, daß in den „Vorkurs“ keine Aufnahmen mehr erfolgen, da derselbe auf Grund der bestehenden Verhältnisse im Widerspruch steht zu den gesetzlichen Bestimmungen.
- d) Die V.-V. bittet den Vorstand, beim Ministerium des Kultus und Unterrichts zu beantragen, es möge Vorfrage getroffen werden, daß an der Lehrerbildungsanstalt Heidelberg dauernd kath. Religionsunterricht erteilt werden kann, damit der Sinn des Gesetzes erfüllt wird.
- e) Um die Neuausgebildeten vor den wirtschaftlichen und ideellen Schädigungen, die mit einer langen Wartezeit verbunden sind, zu schützen, wird der Vorstand gebeten, beim Ministerium in der Richtung vorstellig zu werden, daß der Zugang zu den Lehrerbildungsanstalten nach dem jeweiligen Bedarf an Lehrkräften geregelt wird.

2. Der Bezirkslehrerverein Heidelberg-Stadt beantragt, die V.-V. wolle die Satzungen über die Zugehörigkeit zum Bad. Lehrerverein (§ 4 Absatz 2) verschärft handhaben.

3. Der Bad. Lehrerverein bittet das Ministerium, um in der Schriftenfrage praktische Erfahrungen sammeln zu können, Versuche größeren Stils durchzuführen.

4. Die V.-V. beschließt eine beträchtliche Erhöhung der zur Fortbildung innerhalb des Bad. Lehrervereins bisher eingesetzten Mittel.

5. Der Bezirkslehrerverein Heidelberg-Stadt beantragt:

Die V.-V. bittet den Vorstand des Bad. Lehrervereins, seine besondere Aufmerksamkeit der offensichtlichen Notlage der Lehrerfamilien zuzuwenden. Die unglückliche Entwicklung unserer Verhältnisse und die Besoldungsregelung des letzten Jahres haben nicht nur die Lebenshaltung der Beamtenfamilien bedenklich herabgedrückt, sondern auch die einigermaßen standesgemäße Ausbildung und Versorgung der Kinder fast unmöglich gemacht. In all den Fällen, in denen diese Elternpflicht ohne fremde Hilfe versucht wird, führt dies fast immer zu bedenklicher Verschuldung.

Da der Grundsatz „gleiche Arbeit — gleiche Bezahlung“ sich in der Gegenwart und in der Zukunft einfach nicht mehr durchführen läßt, wird der Bad. Lehrerverein ersucht, sein eigenes Besoldungsprogramm in sozialer Weise weiter auszugestalten, vor allem aber auch die Besoldungspolitik des D. V.-B. in diesem Sinne zu beeinflussen. Grundsätzlich muß für die Beamten der gleichen Laufbahn nicht gleiche Bezahlung, sondern gleiche Lebenshaltung — auch für die Beamtenfamilie — gefordert werden. Dieses Ziel soll durch folgende Maßnahmen angestrebt werden:

1. Gewährung einer namhaften Haushaltszulage.
2. Erhöhung und Staffelung der Kinderzuschläge nach Zahl und Alter der Kinder.
3. Weitgehende Erleichterungen für die Benützung der staatlichen Bildungseinrichtungen, besonders für begabte und würdige Schüler.
4. Für besondere Bildungsnotwendigkeiten Gewährung von Erziehungsbeihilfen, wie sie bereits den evangelischen Landgeistlichen gegeben werden.
5. Berücksichtigung des Familienvaters bei Versetzungen.
6. Noch weitergehende Steuerermäßigung nach der Zahl der Kinder.

Darüber hinaus und insbesondere bis zur Durchführung und Wirksamkeit der obigen staatlichen Maßnahmen wolle der Bad. Lehrerverein versuchen, in Fällen besonderer Bildungsnotwendigkeiten in bad. Lehrerfamilien mit eigenen Mitteln und Einrichtungen Abhilfe zu schaffen.

An den Herrn Vorsitzenden des Haftpflichtschutzes im Bad. Lehrerverein:

In der Monatsrundschau ruft die Badische Beamtenbank, deren Bestrebungen ich als Mitglied sehr unterstütze, ihre Mitglieder zum Beitritt in die Kollektivhaftpflichtversicherung auf. Nun sind wir Lehrer als Zugehörige zum Badischen Lehrerverein mit unserem Beitrag bereits gegen Haftpflicht versichert.

Ohne die Beamtenbank irgendwie zu schädigen, hätten sie in unserem Vereinsblatt sogleich berichten dürfen, ob es notwendig ist, daß Mitglieder des Bad. Lehrervereins noch einer anderen Haftpflichtversicherung beitreten sollen und welche Vorteile daraus entspringen. Ist das nicht der Fall, dann können unsere badischen Lehrer 1000—2000 Mk. als Beiträge in ihren Taschen lassen.

Als Beispiel möchte ich die Feuerversicherung anführen. Es kann jemand bei 3 Gesellschaften versichert sein. Bei einem Brandfall von 6000 Mark bekommt der Versicherte nicht dreimal diesen Betrag ausbezahlt, sondern die drei Gesellschaften schießen die 6000 Mark zusammen.

Ist es nun bei der Haftpflicht ähnlich, daß bei einer Schadenersatzklage beide Gesellschaften — hier die Beamtenbank und der bad. Lehrerverein — sich in den Betrag teilen, so ist es meines Erachtens nicht notwendig, daß Mitglieder des badischen Lehrervereins noch einer zweiten Haftpflichtversicherung beitreten.

Viele Mitglieder des badischen Lehrervereins sind der Kollektiv-Haftpflichtversicherung bereits beigetreten, andere stehen davor und wünschen genaue Auskunft. Reicht unser Haftpflichtschutz im Bad. Lehrerverein nicht aus, so wäre es Pflicht der Freiburger Versammlung, hierin Änderung zu schaffen. Auf alle Fälle aber wäre eine gründliche Aufklärung durch den Vorsitzenden des Haftpflichtschutzes im Bad. Lehrerverein reich und dringend geboten.

H.

Badische Städtewappen im Zeichenunterricht. Die Kasse-Handels-Aktiengesellschaft Bremen hat begonnen, das vor dem Krieg teilweise erschienene Deutsche Wappenbuch von Prof. Otto Hupp vollends herauszugeben. Auch der Freistaat Baden mit seinen Städten ist hierbei berücksichtigt. Auf meinen Wunsch hat mir die Gesellschaft die bereits erschienenen 54 Wappen badischer Städte gerne zugestellt. Die einzelnen Wappen sind in guter Farbwirkung dargestellt und tragen eine anschauliche heraldische Erklärung, auch die Mitteilungen von historischen Begebenheiten, die im Zusammenhang mit den Wappen stehen.

Für den Unterricht in der Heimatkunde, besonders aber im Zeichnen ist die Sammlung dem Lehrer eine willkommene Hilfe. Bis heute sind 54 Wappen der badischen Städte von A bis K (e) erschienen; das Werk wird fortgesetzt. Wer außer Baden sämtliche deutschen Städte im Wappenbild besitzen möchte, erhält dafür ein hübsches Wappenbuch. Anfragen sind an genannte Gesellschaft zu richten.

W. S.

Seminar Ettlingen 1904/07, B.-Kurs. Die Lehrerversammlung in Freiburg Ende März würde Gelegenheit zu einer Zusammenkunft unserer Kursgenossen bieten. Im Einvernehmen mit Lockheimer-Abbruck habe ich zu diesem Zweck für Montag, 25. 3., ab 4 Uhr nachm., das Nebenzimmer (Wolfschlucht) im Ganterbräu (Schiffstraße) hier vorausbestellt. Im genannten Lokal ist ein sehr guter Tropfen und preiswertes Essen zu erhalten. Alle Kursgenossen, die die Versammlung besuchen, werden gebeten, sich an dem Sondernotzess zu beteiligen. Vorherige Verständigung erwünscht.

Ph. Hund, Freiburg, Schützenallee 31.

Seminar Freiburg i. Br. 1912, Kurs a und b. Liebe Kursgenossen! Die diesjährige Mitgliederversammlung des Badischen Lehrervereins bietet uns günstige Gelegenheit, nach 17-jähriger Trennung wieder ein P'auderstündchen am Ort unserer Freuden und Leiden zu halten. Wer mit einem gemächlichen Bessammensein in einem noch zu bestimmenden Lokale einverstanden ist, den bitte ich, mich durch Postkarte zu benachrichtigen, damit die nötigen Vorbereitungen bald getroffen werden können. Auf frohes Wiedersehen!

Adolf Weiß, Hptl. in Buch (Amt Waldshut).

Seminar I Karlsruhe 1901—1904. Liebe Kursgenossen! Dieses Jahr begehen wir unser silbernes Dienstjubiläum. Zur Vorbereitung der festlichen Feier und der sonstigen nötigen Vorbereitungen bitte ich alle Kursgenossen, sich am Samstag, dem 23. Februar ds. Js., nachmittags 4 Uhr, im Hotel „Gutenber“ (Hauptstraße) in Heidelberg einzufinden.

Heidelberg-K., Kaiserstr. 4.

Mit herzl. Gruß!

J. A.: Ries.

Bücherbau.

Die hier angezeigten Bücher liefert die Sortimentsabteilung der **Konkordia N. O. Bühl** (Boden) zu Originalpreisen.

Arthur Müller: **Jugend und Völkerbund**. Verlag der öst. Völkerbundsliga, Wien. 150 Seiten.

Noch fehlt der Schule Literatur über den Völkerbund. Vielen wird daher das Büchlein des Generalsekretärs der österreichischen Völkerbundsliga willkommen sein. In Hand zahlreicher Beispiele wird gezeigt, wie man den Schülern den Gedanken der Völker- versöhnung nahe bringen kann. Besonders willkommen sind die am Schluß angefügten Dokumente, wie Völkerbundsflagge, Wilson's 14 Punkte usw. R. J. J.

Ludwig Weber: **Musik nach Volksliedern**. Heft 1. Stücke für gemischten Chor mit und ohne Instrumente. Inhalt: 1. Wach auf, wach auf. 2. Sterben ist ein' harte Pein. 3. Komm, lieber Mai. 4. Alles neu macht der Mai. Partitur: 2,50 Mk. Heft 2. Stücke für zwei bis vier gleiche Stimmen a capella. Inhalt: 1. Es muß nur sein. 2. Schwestern reichet euch die Hände. 3. Die Blümlein all schlafen. 4. Seht, wie die Sonne dort sinket. 5. Guter Mond. 6. Landsknechtlied. Partitur: 2,50 Mk.

Heft 3. Lieder für eine Stimme mit Instrumenten. (Geigen, Bratsche und Cello oder Klavier.) Inhalt: 1. Es ritt ein Reiter. 2. Ein Mädelin zu dem Brunnen ging. 3. Juchhei, Vämlelein. 4. Alte Küh'. 5. Muß i denn. 6. Wem Gott will rechte Günst erweisen. 7. Wie lieblich schallt. Partitur: 3 Mk. Georg Kallmeyer, Verlag, Wolfenbüttel.

Diese Stücke überraschen durch außerordentliche Klarheit der Stimmführung, zeugen von einem Komponieren, das sich für jede Note verantwortlich fühlt und lassen sich nur entstanden denken aus tiefem Durchdrungensein von Wort und Weise. Besondere Hervorhebung verdienen die Chorsätze: Guter Mond, Komm lieber Mai und Alles neu macht der Mai. Sie erfüllen ihre Aufgabe, das Wesen des Liedes zu offenbaren, in so vollem Maß, daß man sie als „die“ vierstimmigen Sätze zu diesen Liedern bezeichnen möchte. Webers neuartige Bearbeitungsweise beruht bei ihnen darauf, daß er Mittel- und Außenstimmen unter sich und im Wechsel mit der Melodie in der Art der sog. freien zweiten Stimme führt und so zu außerordentlicher Einfachheit des Satzes gelangt.

Aus den Vereinen.

Heimatschulkurs in Freiburg.

In der Zeit vom 20. bis 23. Februar ds. Js. findet der zweite Teil des Freiburger Heimatschulkurses statt.

Programm:

Mittwoch, den 20. Februar (Hörsaal 19 der Universität)
a) 3—4³⁰ Uhr: Die alemannischen Mundarten. Namenkunde. (Univ.-Prof. Dr. Ochs.)
b) 4³⁰—5³⁰ Uhr: Archivwesen. (Archivdirektor Dr. Hefele.)

Donnerstag, den 21. Februar (Hörsaal 23 der Universität)
a) 3—4³⁰ Uhr: Die ländlichen Siedlungen Südbadens, ihre natürlichen und geschichtlichen Grundlagen. (Univ.-Prof. Dr. Schrepfer.)
b) 4³⁰—5³⁰ Uhr: Heimatmuseen und Heimatpflege. (Dr. Majer-Kom, Assistent an den Städt. Sammlungen.)

Freitag, den 22. Februar:
2—4 Uhr: Besichtigung des Stadtarchivs und des Augustiner- museums (Führung Dr. Hefele und Dr. Majer-Kom.)

Samstag, den 23. Februar (Lesesaal der Universitätsbibliothek)
3 Uhr: Bibliothekswesen. (Universitätsbibliothekar Dr. Rest.)
Daran anschließend: Besichtigung der Universitäts-Bibliothek.

Anmeldungen an: Hauptl. Dr. A. Flaig, Freiburg i. Brsg., Erwinstraße 72. / Teilnehmergebühr für Mitglieder des B. L. V. 1 Mk., für Nichtmitglieder 2 Mk., Schulkandidaten haben freien Eintritt.

Mit dem Hinweis auf den in Nr. 6 erschienenen Vorbericht laden wir zu recht zahlreichem Besuch ein.

Freiburg i. Brsg., den 1. Februar 1929.

Hptl. Dr. A. Flaig.

Mitgliederversammlung in Freiburg.

1. Es kommt vor, daß mir Beträge für Theaterkarten und Teilnehmergebühr überwiesen werden, ohne daß die Anmeldung durch eine Anmeldekarte erfolgt ist. Ich möchte auf die Anmerkungen zur Anmeldung in Nr. 5 der Schulzeitung hinweisen und dringend bitten, zur Anmeldung die Anmeldekarte zu benutzen. Jede andere Art erschwert unsere Arbeit. Wenn die Anmeldekarte verloren gegangen ist, kann Erfolg bei mir angefordert werden.

2. Es wurden mir Beträge überwiesen, ohne daß der Absender auf dem Abschnitt der Überweisungskarte vermerkt war. Eine Buchung dieser Beträge kann nicht geschehen, daher wird auch die Zufassung von Programm, Theatergutschein, Wohnungsanweisung usw. nicht erfolgen können.

3. Durch ein Versehen kam auf die Anmeldekarte bei dem Abschnitt „Wohnung“ der Vermerk „Lehrerbildungsanstalt“. Quartiere in der Lehrerbildungsanstalt kommen nicht in Frage. Ich bitte davon Kenntnis zu nehmen.

Freiburg, den 10. Februar 1929.

O. Kammerer, Reischstr. 7.

Heidelberg. Die „Krankenfürsorge bad. Lehrer“ hat auch im vergangenen Jahr dahier wieder gute Fortschritte gemacht. Die Mitgliederbewegung ist folgende:

	Mitglieder		Mitversicherte			auf.	
	Lehrer	Ein- w. Men- nen	Frauen	Kinder	Sonstige		
Am Anfang des Jahres	164	56	11	125	108	6	470
Zugang: a. Überweisungen	10	4	—	—	1	—	15
b. Eintritte	13	6	3	22	16	6	66
auf	187	66	14	147	125	12	551
Abgang: a. Überweisungen	9	2	—	1	1	—	13
b. Austritte	—	1	—	—	1	—	2
Am Ende des Jahres	178	63	14	146	123	12	536
Zunahme	14	7	3	21	15	6	66

Die Beiträge gingen bis Jahresluß restlos ein und zwar 18 557 Mk. durch Abbuchung und 170 Mk. durch Barzahlung. Der Anteil am Staatszuschuß ist auf rund 2000 Mk. zu beziffern. Zum Rückersatz gelangten 19 256 Mk., sodaß dem Verein aus hiesigem Bezirk annähernd 1500 Mk. verblieben.

Krankenfürsorge badischer Lehrer. Geschäftsgang im Monat Januar 1929.

1. Zahl der erledigten Anträge 626
2. Gesamtsumme der Anforderungen 52 956 Mk.
(darunter nicht ersatzberechtigte Kosten)
3. Gesamtersatz 37 189 Mk.
(= 70,2 % der eingereichten Kosten)
4. Monatsunterstützungen an Außerplanmäßige, 1 Fall 168 Mk.
5. Ausbezahlte Höchstfälle: 535, 518, 499, 416, 414 Mk.

Der Verwaltungsrat:

Knaus. Haas. Großholz.

Vereinstage.

Achern. Mittwoch, den 20. Februar, Zusammenkunft der Sängerkabteilung in der „Hoffnung“, Achern, nachmittags 3 Uhr. Heim mitbringen. Bitte um vollzähliges Erscheinen. Spiels.

Baden-Baden. Samstag, den 16. Februar, ¼ 4 Uhr, in der Aula der Knabenschule Altstadt. Vortrag Weiß verschoben auf besonderen Wunsch. L.-O.: 1. Mitteilungen aus der Kreiskonferenz Lehr. 2. Vorbesprechung zur Vertreterversammlung in Freiburg. 3. Wahl eines Vertreters für Freiburg. 4. Verschiedenes. Evf. Vortrag zum Bruchrechnen. Der Kampf gegen die Reaktion im B. L. V. muß uns immer mehr zusammenführen. O. Stiefvater.

Borberg. Am Samstag, dem 23. Februar, Tagung in Borberg in der „Krone“. Beginn 3¼ Uhr. L.-O.: 1. Vortrag des Herrn Kollegen Schreiber. 2. Bericht über Vorsitzendenkonferenz in Mosbach. 3. Vereinsamtliche Mitteilungen. Amend.

Breisach. Die auf 23. Februar festgesetzte Tagung muß infolge der Abhaltung des Freiburger Heimatschulkurses auf Samstag, den 2. März verschoben werden. Menger.

Donauwörth. Am Samstag, dem 23. Februar, findet im „Alder“ in Donauwörth Bezirksversammlung statt. Beginn ¼ 3 Uhr. L.-O.: 1. Vereinsamtliche Mitteilungen. 2. Vortrag des Herrn Kollegen Bender. 3. Verschiedenes. Gschwinder.

Eberbach. Samstag, 23. Februar, nachm. 3 Uhr, Bahnhof II. Kl. T.-O.: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vertreterwahl für Freiburg. 3. Vortrag: „Die Schule im Dienste der Volks- und Völkerveröhnung“ (Ref. Kohler und der Unterzeichneter.) Um zahlreichen Besuch bittet
J. Curtb.

Emmendingen. Samstag, den 23. Febr., nachm. 1/3 Uhr, im Nebenraum der Brauerei Bauh Tagung mit folgender T.-O.: 1. Vortrag: „Die Schule im Dienste der Volks- und Völkerveröhnung“ (Bühler). 2. Bericht über die D.-A.-Sitzung vom 21. II. 3. Schulpraktische 1/2 Stunde. 4. Vereinspolitische (siehe Schulztg. vom 9. Febr., Nr. 6). 5. Wünsche, Anträge, Verschiedenes. Um zahlreichen und pünktlichen Besuch bittet
Meier.

Eppingen. Am 23. Februar, 1/4 Uhr, Konferenz im Volksschulgebäude Eppingen. T.-O.: 1. „Die Schule im Dienste der Volks- und Völkerveröhnung“ (Unterzeichneter). 2. Wichtige Mitteilungen. 3. Einzug der jälligen Beiträge (1. Viertel 1929 für Barzahler, Konferenzbeitrag 1 Mk., Rubeständler 50 Pfg.). Ausgabe der bestellten Hörbücher. Nichtanwesende Mitglieder möchten doch Beiträge und Büchergeld den Konferenzbesuchern mitgeben zwecks Vereinfachens des nicht besonders angenehmen Rechneramtes.
Eichhorst.

Ettenheim. Samstag, 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, im „Alder“. T.-O.: 1. Vereinsamtliches. 2. „Volks- und Völkerveröhnung“. 3. Bericht über die D.-A.-Sitzung. Ich bitte um gute Beteiligung.
Schludecker.

Gernsbach. Tagung am 20. März, nachm. 4 Uhr, im „Bad Hof“ in Gernsbach. T.-O.: 1. Wahl eines Vertreters. 2. Vortrag des Herrn Dr. de Weerth: „Schulzahnpslege: Erfolg und Mangel“. 3. Verschiedenes, u. a. Oberlehrerfrage u. ä. Schriftfrage. Am vollzähligen Erscheinen bittet
Hofherr.

NB.: Schulkalender werden ausgeteilt; auch wer in Karlsruhe bei der Versammlung war, muß kommen.

Arbeitsgruppe Heidelberg. Mittwoch, 20. Febr. 1929, nachm. 5⁰⁰ Uhr in der Landhauschule, Lehrerzimmer. Hoerdt: „Vom Sinn der Schule“. Begriff des Verstehens. Begriff der Mitteilung (Referat).
Sauter.

Psychologische Arbeitsgemeinschaft Heidelberg. Nächste Tagung: Dienstag, den 19. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Psychol. Institut, Vohstraße 4. (Psychiatrische Klinik.)
Sauter.

Heidelberg-Stadt. Die Studentenschaft der Lehrerbildungsanstalt lädt die Mitglieder des Bezirks-Lehrervereins zu dem am 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im neuen Hörsaal der Lehrerbildungsanstalt stattfindenden Vortrag von Herrn Reg.-Baurat Koch über „Bürgen aus unserer Umgebung“ höflichst ein. Ich bitte um zahlreichen Besuch dieser Veranstaltung.
Sauter.

Heidelberg. Am Mittwoch, 20. Februar, nachmittags 3 Uhr, treffen sich die Herren Kollegen i. R. in den „Drei Eichen“ in Heidelberg, Rohrbacherstr.

Ladenburg. Samstag, 23. Februar, nachm. 3 Uhr, Tagung im „Löwen“, Seckenheim. T.-O.: 1. Bericht über die letzte Vorstandssitzung (Herr Schäfer, Mannheim). 2. Wahl eines Vertreters für Freiburg. 3. Verschiedenes.
Meyer.

Arbeitsgemeinschaft Vörrach-Schoppsheim. Tagung am 20. Febr., 2 Uhr, Schulhaus Brombach. T.-O.: 1. Unsere Arbeitsweise. 2. Aussprache über Heimatschulkurs und Heimatschulausstellung (17.-20. April) mit vorausgehendem kurzen Referat. (Herr Böser.) Zu Punkt 2, beginnend 3 Uhr, sind auch Nichtmitglieder der A.-G. freundlich eingeladen.
Drexlin.

Mannheim. Mitgliederversammlung am Dienstag, 19. Febr., im Saalbau N 7 7. T.-O.: 1. Bericht aus der letzten D.-A.-Sitzung. 2. Wohnungsgeld für Neubauten. 3. Vortrag: „Wirtschaft und Schule“ (Herr Keitel). 4. Geschäftliches.
Der Vorsitzende: A. Brümmer.

Meersburg-Markdorf. Am 23. Februar, 2 1/2 Uhr, Tagung in Ittendorf. T.-O.: 1. Vortrag von Studienrat L. Wannemacher „Über Psychoanalyse“. Nach dem Vortrag, der wahrscheinlich im alten Schulhaus abgehalten wird, 2. Bericht des Rechners. 3. Wahl des Vertreters zur Vertreterversammlung. 4. Verschiedenes.
Erwin Singer.

Mosbach. Die Mitglieder des Bez.-L.-V. werden gebeten, den am 9. Februar festgesetzten Konferenzbeitrag von 1 Mk. pro Jahr an den Rechner, Haupt. Christoph in Neckarelz, ortsweise zu zahlen. Ferner bitte ich die Herren Schulleiter, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß die Gemeinden die für die Fragebogen (5-mal) entstandenen Unkosten ebenfalls an den Rechner badigigt bezahlen. Die Fragebogen gehen an alle Orte des Bezirkes Mosbach.
R. Feigenbüch.

Neckargemünd. Samstag, 23. Februar, nachm. 1/3 Uhr, Tagung im Hotel Kredell. T.-O.: 1. Bekanntgabe der Jahresberichte. 2. Vortrag: „Die Schule im Dienste der Volks- und Völkerveröhnung“ (der Unterzeichneter). 3. Bericht über die Vorsitzendenkonferenz. 4. Emil Strauß, Fortsetzung. 5. Verschiedenes.
M. Krämer.

Neckarbischofsheim. Samstag, 23. Februar, nachm. 3 Uhr, Tagung mit Familienangehörigen im „Dreikönig“ in Neckarbischofsheim. T.-O.: 1. Vortrag von Herrn Kreisbeirat Wohlfahrt: „Wirtschaft und Schule“. 2. Wahl eines Vertreters für die Vertreterversammlung. 3. Gemüthlicher Teil. Ein reichhaltiges Programm ist vorgesehen. Zu zahlreichem Besuch mit Familienangehörigen sind auch die Mitglieder unserer Nachbarkonferenzen freundlichst eingeladen.
Schmidt.

Neustadt. Samstag, 23. Februar, 3 1/2 Uhr, Tagung in der „Krone“. T.-O.: 1. Vortrag. 2. Vertreter für Vertreterversammlung. 3. Wichtige vereinsamtliche Mitteilungen. 4. Verschiedenes. 5. Gemüthlicher Teil.
K. C. Kleinle.

Oberkirch. Samstag, 23. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, Tagung in der oberen „Linde“ zu Oberkirch. T.-O.: 1. Herr Schulrat Läublin spricht über „Die Schule im Dienste der Volks- und Völkerveröhnung“. 2. Vereinsamtliche Mitteilungen und Besprechungen. 3. Sonstiges. Um zahlreichen Besuch bittet
Eck.

Pforzheim-Stadt. Donnerstag, 21. Februar, abends 8 Uhr, Tagung im „Hanja“ (Nebenraum). T.-O.: 1. Bericht über die Kreisversammlung in Karlsruhe. 2. Stellungnahme zu einigen vorliegenden Anträgen für Freiburg. (Bekanntgabe vereinsamtlicher Mitteilungen und anderer Erklärungen.) 3. Vortrag: „Volks- und Völkerveröhnung und Schule“. 4. Wahl der Vertreters für Freiburg. 5. Verschiedenes. Ich bitte, für weiterwachsende Teilnehmerzahl besorgt zu sein.
Löffler.

Pforzheim-Land. Turnkurs 14.-16. März, s. Amtsblatt 1929 Nr. 3, S. 11; fägl. 3-5 Uhr. Verkauf: 1. Einleitend. Vortrag (etwa 1 Stunde): Einführung in das Verständnis eines neuzeitlichen Turnbetriebs in biologischer, physiologischer und pädagogischer Hinsicht (Herr Neubarth). 2. Anschließend und an allen übrigen Tagen: Praktische Vorführung von Schulklassen (die vorher nicht abgerichtet werden!). Die nötigen Aufklärungen werden jeweils eingeschoben. — Ein Turnen der Kursteilnehmer kommt nicht in Frage! —

Anmeldung ortsweise (möglichst das ganze Kollegium) an Unterzeichneten; beabsichtigte Teilnahme, Unterrichtsüberlegung, erforderliche Kombination usw. durch Oberlehrer (1. Lehrer) für betr. Schule beim Kreisschulamt anzeigen und um Genehmigung nachsuchen.

Auch Nachbarorte und Nichtmitglieder willkommen. Möglichst vollzählige Teilnahme erwartet. Grabsenblätter (Göblichen).

Arbeitsgemeinschaft der Fortbildungsschullehrkräfte des Kreises Baden. Tagung am Mittwoch, den 20. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, im Mädchenschulhaus in Rastatt. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Schäffner, Zell-Weierbach. 2. Verschiedenes. Wernigh.
Randen-Blumberg. Samstag, den 23. Februar, 3 Uhr nachmittags, Tagung im Zollhaus. T.-O.: 1. Lessing als Erzieher. 2. Aussprache über das Vereinsthema. 3. Wahl eines Vertreters zur Vertreterversammlung. 4. Aus dem Vereinsleben und Sonstiges.
Meier.

Salen. 23. Februar, 3 1/2 Uhr, Ihle, Stephansfeld. T.-O.: 1. Behandlung der Verbandsaufgabe „Wirtschaft und Schule“ f. Schulztg. 1928 Nr. 33, 39, 43, 52; 1929 Nr. 2. 2. Verschiedenes.
Rottler.

Säckingen. Tagung am Samstag, dem 23. Februar, nachm. 1/3 Uhr, im „Schwert“ in Säckingen. T.-O.: 1. Aussprache über die Vereinspolitik. 2. Die Schriftenfrage. 3. Konferenzbibliothek. 4. Verschiedenes. Die bestellten Schriften „Baden in Wort und Zahl“ werden ausgeteilt. Herr Kreisvertreter Geiger wird der Tagung anwohnen. Wegen der Wichtigkeit des 1. Punktes bitte ich um gute Beteiligung. Die Vertrauensleute mögen die in der letzten Versammlung beschlossene Umlage von 1 Mk. ortsweise einsammeln und abliefern.
Kuhn.

Säckingen-Wald. Samstag, 23. Februar, Tagung im „Schlag“. T.-O.: 1. Vereinsamtliche Mitteilungen. 2. Vortrag über „Lebendbilder“ (Herr Hodapp). 3. Wahl eines Vertreters zur Vertreterversammlung. 4. Verschiedenes.
Fr. Schlageter.

Staufen. Konferenz am 16. ds. Mts., nachm. 3 Uhr, im Kreuz zu Staufen. T.-O.: 1. Wahl zum Dienststellenausschuß. 2. Vortrag. Die Schule im Dienste der Volks- und Völkerveröhnung (Storz). 3. Verschiedenes. Ich bitte um zahlreiche Beteiligung, damit eine rege Aussprache möglich ist.
Storz.

Stühlingen. Samstag, den 23. Februar, 3 Uhr, im „Drecksler“ Tagung. T.-O. bekannt.
Häusler.

Wolfach. Samstag, den 23. Febr., nachm. 3 1/2 Uhr, im Gasthaus Abersle in Schiltach Vortrag von Herrn Kreisbeirat Spitz über „Rechtsschutz und Haftpflicht“ des Deutschen Lehrervereins. Die württembergischen Nachbarvereine sind eingeladen. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Ruckelshausen.

Villingen. Am Samstag, 23. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im Gasthof zur „Lilie“ Konferenz statt mit nachfolgender T.-O.: 1. Vortrag über das Vereinsthema: „Die Schule im Dienste

der Volks- und Völkerverständigung" (Herr Kollege Lüttin). 2. Aussprache über die Vorstandssitzung vom 1.-3. Januar in Freyrsbach. (Ich bitte, die vorausgegangenen Artikel in der Schulztg. 1928 von Geisel, Wernet, Kreck und Preusch nachzulesen.) 3. Wahl eines Vertreters zur Lehrerversammlung in Freiburg. 4. Herr Rot-Triberg wünscht die Benennung der künftigen Mitglieder und ihrer Vertreter im Dienststellen-Ausschuß. 5. Verschiedene Mitteilungen.

Der Vorsitzende: A. Behringer.

Triberg. Samstag, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Schulhaus hier. T.-O.: 1. „Die Schule im Dienste der Volks- und Völkerverständigung“, Vortrag des Herrn Kollegen Beyerle, hier. 2. Aussprache über das Thema. 3. Zuschriften des Vorstandes. 4. Wünsche und Anträge für den Vertreter in Freiburg. Über zahlreichen Besuch freut sich im voraus E. Roth.

Aberlingen. Samstag, 23. Februar, nachm. 1/3 Uhr, in der „Traube“-Aberlingen. T.-O.: 1. Vortrag: „Die Schule im Dienste

der Volks- und Völkerverständigung" (Herr Reich-Bamberg). 2. Wahl des Vertreters zur Vertreterversammlung. 3. Verleinsamtliche Mitteilungen. 4. Verschiedenes. Alter.

Wir verweisen unsere verehrlichen Leser auf das Inserat des Reisebüros Felz Stürmer. Allmählich erfreuen sich die organisierten Gruppen- und Gesellschaftsreisen immer mehr einer großen Beliebtheit.

Bei diesen Reisen sind von Fachleuten die Routen, Hotels und Eisenbahnverbindungen aufs genaueste vorbereitet, sodas die Teilnehmer mit solchen Angelegenheiten sich gar nicht mehr befassen brauchen.

Gerade für die Auslandsreisen sind solche Gruppenreisen von großem Vorteil, weil jeweils sprachen- und ortskundige Führer die Reisegesellschaft begleiten. Hierdurch werden die Reisen erst recht zu Erholungsreisen.

Oster-Spiele!

Aufnahme= Entlassungs=

Schulfeiern!

An der Schwelle des Lebens.
Leitfaden zur Veranstaltung von Schulentlassungs- und Konfirmanden-Entlassungsfeiern. Preis Mk. 1.—

Zur Schulentlassungsfeier.
Ansprachen, Gedichte, Lieder und Ratschläge von Heint. Kempinsky. Preis Mk. 1.50

Stoffe für Feiern von Eltern- und Familienabenden!

Freud' und Leid.
Festdichtung zur Schulentlassung unter reichlicher Verwendung bekannter Dichtervorte und Lieder von E. Siebeck. Preis Mk. 0.75

Auswahlsendungen!
Hauptkatalog über Aufführungsmaterial aller Art kostenfrei!

G. Danner's Theaterbuchhandlung, Mühlhausen i. Thür.

Die für den physikalischen Arbeitsunterricht notwendigen und von Herrn Wunder empfohlenen

Zubehörteile

werden von uns billigt geliefert.

Pötzl m 30% 1 kg	3.20
Pöt inn 40% 1 kg	3.90
LötKolben, 1 Stück	1.—
Mikrophoneinschlofen, 1 Stück	3.50
Motorendraht, 0.6 mm (Lackdraht) 1 kg	7.—
Telefondraht, 0.3 mm (Lackdraht) 1 kg	6.50
Wachdraht, 0.8 mm 100 m	3.30
Kupferdraht, 0.8 mm (blank), ca. 14 m	0.40

Konkordia A.-G.
Abteilung Lehmmittel, Bühl in Baden

Dem Arbeitsschulgedanken im Unterricht dient die neue Bücherreihe

Lernen und Bilden

Handbücher der Volksschule

Herausgegeben von E. Gerneck u. Ph. Hördt

Die ersten vier Bände der Sammlung:

C. Wunder: Mechanik
Hilfsbuch für den Physiklehrer der Volksschule. I. Teil. 104 Versuche und 52 Abb. Mk. 2.80

C. Wunder: Elektrizität.
(Wärme — Licht). II Teil Hilfsbuch 154 Versuche mit 71 Abbildungen Mk. 2.80

F. Limbeck:
Schaffensfreude im Rechnenunterricht. Lebensvolle Stoffe und neue Formen im Sinne der Arbeitsschule. 128 S. Mk. 3.—

R. Jörger: Kleine Schulbühnenspiele.
Enthält 96 ernste und heitere Spiele. 175 Seiten. Gebunden Mk. 3.60



Konkordia A.-G.
für Druck und Verlag
Bühl/Baden.

Honig

Garantiert reinen Bienen-Wilten: (Schleuder), goldklar, flüssig oder fest, unter Kontrolle eines vereid. Lebensmittel-Chemikers. 10 Pf.-Dose Km. 8.90, halbe Dose Km. 4.50. Porto extra. Garantie: Zurücknahme, Probepäckchen à 1/2 Pf. netto Km. 1.80 franko bei Vorauszahlung. **Frei Kister, Honigvertrieb, Post Hemelingen 180.**

Flügel.

Billige hochwertige Instrumente

Blüthner, Bösendorfer u. a.

gebr. m. Garantie
400.—, 750.—, 950.—

Teilzahlung

Schalle

Karlsruhe
Kaiserstr. 175

Einige neue

Harmonium

bester Qualität, versch. Größe, aus aufgelöstem Lager, sehr billig zu verkaufen.

O. Baunach

Klaviermacher
Freiburg i. B., Hummelstr. 13

Die Erfolge im Unterricht

werden zu einem wesentlichen Teil von der Wahl der in der Schule benützten Hilfsbücher bestimmt Wichtig ist darum für Sie die genaue Beachtung des beiliegenden Prospektes vom Verlag Konkordia A.-G., Bühl in Baden.



Zimmer-, Schul- und Kapellen-Harmoniums Pedal-Harmoniums mit und ohne elektr. Antrieb

M. HOFBERG

HOF-HARMONIUM-FABRIK
LEIPZIG W 31

Gegründet 1891  illustrierter Katalog frei

Niederlage in Karlsruhe  Kaiserstr. 176

Die bekannte Jugendschrift unseres Verlags:

Erlebnisse eines badischen Soldaten beim Zuge Napoleons nach Moskau

nach mitgeteilten Notizen verfaßt von **F. X. Joelle**

haben wir in einer neuen schöneren Ausstattung herausgegeben, den bisherigen Preis von 80 Pfg. dabei nicht erhöht!

Das Büchlein ist als Lesestoff für den Geschichtsunterricht im 8. Schuljahr sehr zu empfehlen; es ist sehr preiswert und erweckt bei den jugendlichen Lesern großes Interesse.

Verlag Konkordia A.-G., Bühl/Baden

Flüssig konzentrierte Dreisiegel-Tinten

Das Beste was es für Schulen gibt

Sind echte Eisengallustinten mit allen wunderbaren Vorzügen. Keine Selbstherstellung. Nur mit kaltem Wasser bis zur Schreibfertigkeit zu verdünnen. Kein Vergleich mit Ersatzmitteln wie Tintenpulver usw. Täglich neue freiwillige Gutachten von Schulen und Schulaufsichtsbehörden aus allen Teilen des Reiches. Machen Sie einen kostenlosen Versuch. Prospekt und Muster gratis.

Roland-Werk, G. m. b. H., Bremen.

Luisenschule

Haushaltungs- und Fortbildungsschule

Otto Sachsstr. 5 **Karlsruhe** (Baden) Ecke Mathystr. Internat.

Gründliche Unterweisung, in der Hauswirtschaft, im Kochen sowie in Handarbeiten (Vorstufe zur häuslichen Berufsausbildung, Weiterbildung in Schulbüchern, Handbuchsunterricht (Buchführung, Stenographie und Maschinenschreiben), Jahreskurse in 2 Klassen, Klasse A für 14-17jährige, Klasse B für junge Mädchen über 17 Jahre. Die Schülerinnen sind vom Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule befreit. **Beginn des neuen Schuljahres Ende April 1929.** Besichtigungen und Auskunft gegen Einzahlung von 30 Pf. durch die Anstaltsleitung.

Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz Karlsruhe (Landesvorstand).

Tee-, Gewürz-, heil- und giftechnisch wichtige Pflanzen

Eine Lehrsammlung, zusammengestellt und herausgegeben von **A. Kneucker, Karlsruhe.**

Die Sammlung besteht aus 2 Lieferungen mit den Nrn. 1-25 und 26-50.

- Jede Lieferung aufgelegt, einzeln in Mappe 13.-
- Beide Lieferungen aufgelegt, zusammen in Mappe 25.50
- Jede Sammlung unaufgelegt 10.-
- Beide Sammlungen unaufgelegt 20.-

Die Etiketten enthalten Angaben über Verwendung, den Grad der Giftigkeit, die Namen der Drogen usw. — Die Sammlung liegt bei sämtlichen Kreis- und Amtsdirektoren zur Einsicht auf.

Wiesen- und Feldfutterpflanzen

Eine Lehrsammlung, zusammengestellt und herausgegeben von **A. Kneucker, Karlsruhe.**

Von dieser Sammlung sind auch zwei Lieferungen mit den Nummern 1-25 und 26-50 erschienen. Dieselben enthalten die wichtigsten Futtergräser und Hülsenfrüchtler mit Angabe des Futterwertes. — Preise genau wie oben.

Beide Werke sind vorzügliche, behördlich empfohlene Unterrichtsmittel für Haushaltungs- und Fortbildungsschulen, für Lehrerbildungsanstalten, sowie für die oberen Klassen der Volksschulen.

Lieferung erfolgt durch die

Lehrmittel-Abteilung der Konkordia A.-G., Bühl / Baden

HINKEL HARMONIUM

Ernst Hinkel, Harmoniumfabrik
Ulm a. D. — gegr. 1880
Vertreter
an allen größeren Plätzen

Honig

(Schleuder) Ia-Qualität, unter Kontrolle eines vereidigten Nahrungsmittelchemikers.
10 Pfd. + Dos. RM 10.— franko
5 Pfd. + Dos. RM 5.50 franko
Nachnahmekosten zu meinen Kosten,
Probe-Päckchen à 1 1/2 Pfd. RM 1.80 franko bei Vorauszahlung
Gar Zurücknahme. **Frau Lehrer a. D. C. Fischer, Honigverwand, Werber a. d. Havel, Nr. 180**

Feinste Allgäuer Butter u. Käse

Stangen 20% Fett 55 g p. Pfd. Emmentaler groß gelocht vollfett 1.50 g p. Pfd. Emmentaler ohne Rinde 2 Pfd. Block 1.50 g p. Pfd. Feilstück-Räschen 40% Fett 15 g p. Stk. Dessert-Räschen 40% Fett 21 g p. Stk. Camembert-Räschen 50% Fett 20 g p. Stk. Hochfeine Tafelbutter zum äußeren Tagesvertrieb liefert ab Memmingen in 5 kg-Paketen auch gemischt gegen Nachnahme
Gustav Greiner Nachf.
Memmingen 14 Bayer. Allgäu
Bericht führt zu Dauerbezug.

Metall- Betten

Stahlmatr., Kinderbett., Schlafzimmer, Chaiselö. g. an Priv., Ratenzahlung, Katalog 767 frel. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)



„Staedtler-Stifte“ seit 1662!

Fabrik-  Marke

Pianos
Harmoniums
Ruckmich
Freiburg i. B. Gegr. 1827
Sprechapparate
bei kleinen
Raten

Violenen
sowie alle anderen Instrumente u. Saiten liefert in anerkannter Qualität
L. P. Schuster,
Markneukirchen 238. Katalog, fr. Hoh. Rabatt f. Lehrer, Teilzahlg.

C. OEHLER PIANOFORTEFABRIK

Inhaber: **KLEMM & KIESS, Stuttgart**

Adlerstraße 16
Telefon SA 70781
Gegründet 1857
Katalog gratis und franko



Pianos Flügel, Harmoniums
In allen Kreisen best eingeführtes, preisw. Fabrikat

Ostern in Nizza

vom 28. März bis 6. April

ab Basel — zurück nach Straßburg M. 196 inkl. Bahnfahrt — Unterkunft — Verpflegung — Trinkgeld. Haben Sie schon den neuen ca. 180 ausgearbeitete Reisen umfassenden Reisekatalog zu 25 Pf.?
Auskunft kostenlos bei Reisebüro

Reisebüro **Stürmer, Mannheim** O 7, 11

Überbringer dieses Inserates erhalten den Katalog gratis.

Die Wenschow-Reliefs

sind die besten geographischen
Unterrichtsmittel der Welt

Vereinigte Deutsche Hochbild-G. m. b. H.

und
Kartographische Relief-G. m. b. H.
München, Ludwigstr. 8.

Vertretung für Baden: Berthold Symons
Freiburg-Zähringen, Wildtalstr. 18.

Prospekte kostenlos. Preisberechnung ohne Verbindlichkeit.



Pianos

Flügel · Harmonium

Teilzahlung · Miete
Kataloge bereitwilligst

H. Maurer, Karlsruhe, gegr. 1879

Eckhaus Kaiserstrasse 176 Straßenbahn-Haltestelle

Die **DBB** führt
jetzt außer
**HERREN-DAMEN-
JUGEND-SPORT-
BEKLEIDUNG**

KAUFE GLEICH ZAHLE SPÄTER

HERREN-ARTIKEL
HERREN-HÜTE
DAMEN-WASCHE
DAMEN-STRUMPFE
BETT- u. TISCHWASCHE
TEPPICHE
GARDINEN

BEAMTE
UND ALTE
KUNDEN
OHNE
ANZAHLUNG

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft
MANNHEIM · 02-2 PARADEPLATZ · NEBEN DER HAUPTPOST
KARLSRUHE · KRONENSTR. 40 · ECKE MARKGRAFENSTR.

Über 3000 Bad. Schulkalender 1929

wurden innerhalb der letzten 4 Wochen
abgesetzt. Zur Zeit sind nur noch gebundene
Kalender für $\text{M} 2.60$ in beschränkter Anzahl
lieferbar. Wenn Sie noch einen Kalender
wünschen, dann empfehlen wir Ihnen des-
halb sofortige Aufgabe der Bestellung!

Verlag Konkordia A.-G., Bühl / Baden

Wenn Sie ein einfaches, aber
erfolgreiches Spiel zur
Entlassfeier
suchen, so wählen Sie die
Sonnenkinder
von Dr. H. Greef
Hundert v. erfolgr. Aufführungen.
Anschließend!
Verlag Deutsche Jugendspiele
Leonberg (Würtbg.)

Evang. Erziehungsheim für
Schulpflichtige, Nähe der Stadt,
mit eigener Schule und 2 Lehr-
kräften, sucht als

Anstaltsleiter

einen evang. Lehrer, der sich inner-
lich mit dem Werk der Innern
Mission verbunden weiß u. Freude
hat, solche Tätigkeit zu über-
nehmen. Angebote mit Gehalts-
ansprüchen unter **Ch. 4693** an die
Konkordia u.-G., Bühl (Baden).

Honig

feinste Qualität, gar. rein, Siemens,
Völlen-Schleuder, goldblat, unter
Kontrolle eines vereidigten Lebens-
mittel-Chemikers. 10 Pfd. - Dose
 $\text{M} 8.90$, halbe Dose $\text{M} 4.80$, Porto
extra. Probepäckchen $1\frac{1}{2}$ Pfd.
netto $\text{M} 1.40$ u. 40 Pfg. Porto
bei Voreinsendung. Lehrer **L. R.
Fischer**, Hontgerland, Ober-
neuland 180, Bez. Bremen.

Hypotheken

günstig zu vergeben sowie Kredite
an Beantr.
Bankgeschäft Retzer
Mannheim O 7, 19.



Von grosser Bedeutung

F. alle Geigenliebhaber ist m. neues
Tonveredlungsverfahren
Harmonisierung der Platten u.
akust. Bassbalken! Über 20jähr.
Versuchel! Verl. Sie Näheres u.
Prospekte m. Vorzugspreisen für
Lehrer v.

Eug. Wahl, Gelgenbaumstr.
Karlsruhe.

Kunstgeigenbau und Handlung
mit Streichinstr.

Pianos

Qualitätsmarken
Vorteilhafte Preise
Reichhaltige Auswahl
Bequeme Teilzahlungen
Franko Lieferung

Heckel, Pianohaus

— gegründet 1821 —
Mannheim, O 3, 10

Kunststrasse.
Lieferant der Badischen und
Bayrischen Beamtenbank.

ca. 30% billiger als
Einzelreisen sind

Gruppen- u. Gesellschaftsreisen

für Ostern und Pfingsten zahlreiche
preiswerte Reisen nach Nizza, Paris, London,
Wien, Italien und Dalmatien.

Viele Anerkennungen. Auskünfte kostenlos bei
Reisebüro Felix Stürmer MANNHEIM
Augusta-Anlage 34

Einsender dieses Inserates erhalten ausführ-
lichen Katalog gratis.

Frauenarbeitschule

Gewerbliche Fach- und Berufsschule mit Internat
Karlsruhe i. B., Gartenstraße 47.

Anmeldungen auf Ostern 1929

täglich von 11 bis 17 Uhr und auch schriftlich bei der
Vorsteherin, Karlsruhe, Gartenstr. 47.

Am 15. April 1929 beginnen sämtliche Fachkurse, als Vormittags-
unterricht im Handnähen, Maschinennähen, Kleidermachen, Schnitt-
zeichnen und Kunstflicken, als Nachmittagsunterricht in Weißflicken,
Flicken und Kunstöpfen, Kunsthandarbeiten aller Techniken, K.öpf-
arbeit u. Spitzensticken, Zeichnen, Buchführung und anderen gewerb-
lichen und hauswirtschaftlichen Fächern.

Serner nehmen alle Berufsausbildungen ihren Anfang:

1. Ausbildung für die eigene Häuslichkeit, Dauer 1 bis 2 Jahre,
2. Vorbildung für das Handarbeitslehrerinnen-Seminar, Dauer 1 Jahr.
3. Gewerbliche Ausbildung für Weißnäherinnen, Schneiderinnen und
Sicherinnen, Dauer 3 Jahre und für die
4. Häuslichen Erwerbsberufe für Zimmermädchen, Kammerjungfern
und hauswirtschaftliche Stützen, Dauer 1 bis 2 1/2 Jahre.

Auswärtige Schülerinnen erhalten Wohnung und Ver-
pfllegung zu mäßigem Preis in der Anstalt.

Satzung und Auskunft gegen eine Gebühr von 0.30 RM.

Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz
Landesvorstand.

Grösste Auswahl in Qualitäts-

Pianos

zu äußerst günstigen Preisen und Bedingungen.
Besichtigung ohne Kaufzwang. Kataloge gratis

Karl Hochstein, Heidelberg

Musikhaus, Hauptstraße 73.

Zahlung durch die Badische Beamtenbank.

Zur Verschönerung der Konfirmations-
und Kommunionfeier!

Zwei Konfirmationslieder

für 3stimmigen Schülerchor von Th. Aude

1. Bitte: O hl. Geist
 2. Segenslied: Herr, du hast mein Fleh'n vernommen
- Beide Lieder auf einem Doppelblatt $\text{M} 0.50$

H. Sickinger
Kommunionlied
Ausgabe für gemischten Chor

„Laßt die Kinder zu mir kommen“

Partitur $\text{M} 0.40$; Einzlst. $\text{M} 0.10$

Verlag der Konkordia A.-G.
Bühl/Baden.